

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 1,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die deutschen Unternehmerverbände	497	Kongresse. Generalversammlungen schweizerischer Gewerkschaftsverbände	508
Statistik und Volkswirtschaft. Beinh Jahre Tarifgemeinschaft	500	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen	511
Arbeiterbewegung. Die Parteipresse gegen die totalistischen Zersplitterungsversuche. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Sozialpolitische Kämpfe der bulgarischen Arbeiter	505	Andere Organisationen. Die „zielbewußten“ Anarcho-Sozialisten	511
		Mitteilungen. Unterstützungsvereinigung	511
		Literarisches	512

Die deutschen Unternehmerverbände.

Das Erstarken der deutschen Gewerkschaften, ihre intensive Tätigkeit und wohlorganisierten Kämpfe zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse haben naturgemäß auch den organisierten Widerstand des deutschen Unternehmertums herausgefordert. An Stelle der zunftmäßigen Unternehmervertretungen früherer Zeiten, die durch die Innungsgesetzgebung der 1890er Jahre konserviert werden sollten, sind heute straff organisierte Verbände der Unternehmer als deren Führer im wirtschaftlichen Kampfe getreten, deren Auftreten und Taktik nur zu sehr den Stempel des Klassenkampfes tragen; damit aber zugleich nur bekräftigend, daß die Grundlage der Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit nur die des Klassenkampfes sein kann, sobald die Arbeiterschaft einen energischen Vorstoß gegen ihre Ausbeuter macht.

Für die Gewerkschaften ist es außerordentlich wichtig, ja ihre vornehmste Aufgabe, die Taktik und die organisatorischen Maßnahmen des koalitierten Unternehmertums genau zu beobachten. Den Gegner, mit dem man in ununterbrochenem Kampfe sich befindet, muß man auch genau auskundschaften, um seine angreifbaren Stellen zu kennen, und um zu verhüten, daß man sich ihm gegenüber in eine Sackgasse verrennt, in der ihm der billige Triumph eines Sieges auf Grund unserer eigenen Sorglosigkeit wird. Und es muß gesagt werden, daß einzelne Kreise, besonders der politischen Arbeiterbewegung, in dieser Beziehung nicht immer den offenen Blick betunden, der wünschenswert und notwendig ist. Man spielt viel mit Worten und verliert dabei den realen Boden des gegenwärtigen Kampferains aus dem Auge. Daraus erklärt sich so mancher Vorwurf, der von dieser Seite den Gewerkschaften ob ihrer kühlen Kalkulationen gemacht wird. Daß man bei diesen Vorwürfen den Weg über die „Gewerkschaftsbeamten“ geht, ändert an der Tatsache nichts, daß die Vorwürfe selbst an die Adresse der Gewerkschaften gerichtet sind. Denn selbst wenn man die heutigen Angestellten der Gewerkschaften samt und sonderß weglegen wollte, so

würden die „kommenden Männer“ auch nichts anderes unternehmen können, d. h. sie würden ebenso wenig wie die heutigen Gewerkschaftsleiter mit dem Kopf durch die Wand rennen können, sondern müßten mit den realen Tatsachen rechnen, selbst auf die Gefahr hin, sich denselben Vorwürfen auszusetzen. Oder aber sie würden die mühsam aufgebauten Organisationen zerstören, die Arbeiter wehrlos dem koalitierten Unternehmertum ausliefern und schließlich die Arbeitermassen zum großen Teile gegnerischen Freibeutern in die Arme treiben.

Einer dankenswerten Aufgabe hat sich demgegenüber der Genosse August Müller-Magdeburg unterzogen, indem er einen Teil des vorhandenen Materials zur Beurteilung der deutschen Unternehmerverbände zusammengetragen hat, das unter dem Titel: „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“ im Verlage des Magdeburger Gewerkschaftskartells soeben erschienen ist. Und gleichzeitig mit der Müllerschen Broschüre ist seitens der Generalkommission der Gewerkschaften eine zur Massenverbreitung bestimmte Flugchrift: „Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter“ herausgegeben worden. Das Studium dieser beiden Schriften, die eine ernste Untersuchung der Positionen der Unternehmer bilden, muß dringend jedem Arbeiter, jedem in der Arbeiterbewegung kämpfenden Genossen anheimgegeben werden. Beide Schriften zeigen jedem, der sehen will, welche organisatorische Macht der Gegner heute erlangt hat, und die es zu überwinden gilt durch einiges, kraftvolles Handeln und Wollen.

Die heutigen Unternehmerorganisationen sind von Müller in zwei große Gruppen eingeteilt: 1. die aus dem öffentlichen Recht hervorgehenden, wie Handelskammern, Berufsgenossenschaften, Innungen und Handwerkskammern. Um die Handelskammern und Berufsgenossenschaften des öffentlichen Rechts gruppieren sich bereits manche Scharfmacherverbände der auf Grund des privaten Rechts gebildeten 2. Gruppe, und erfahren diese durch die ersteren die entschiedenste Förderung. Vielfach ist das Verhältnis dermaßen intim, daß amtliche Gutachten und Maß-

nahmen der Unternehmerorganisationen der ersten Gruppe direkt oder auf Umwegen von den privaten Unternehmerverbänden und deren Leitern diktiert werden. Man braucht nur an den verstorbenen Schiffsreeders Laisz zu erinnern, dessen Motto: „Die Welt will betrogen sein“ als das Leitmotiv der heutigen Unternehmerorganisation anzusehen ist und der in beiden Gruppen der Unternehmerverbände eine sehr einflußreiche Stellung bekleidete.

Die enorme Bedeutung der ersteren Gruppe von Unternehmerorganisationen liegt im wesentlichen darin, daß hier seitens des Staates Einrichtungen getroffen sind, an denen sich sämtliche Unternehmer beteiligen müssen, einerlei ob sie mit den scharfmacherischen Tendenzen, die sich hier breitmachen, einverstanden sind oder nicht. Von diesen staatlich geschaffenen Einrichtungen aus werden die Unternehmer dann auch in die privaten Unternehmerverbände hineingepreßt oder indirekt gezwungen, deren Maßnahmen zu unterstützen.

Die auf dem privaten Recht basierenden Unternehmerverbände sind verschiedener Art. Müller weist u. a. auch auf die Kartelle und Trusts hin, die von weittragender Bedeutung für die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sind und in Zukunft event. noch bedeutungsvoller werden können. Scheiden wir aber diese aus, so bleiben die oben erwähnten Unternehmerverbände, die sich auf der Grundlage freiwilligen Zusammenschlusses aufbauen, um sich hauptsächlich dem Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen zu widmen.

Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sind diese Organisationen der Unternehmer in ihrer Tätigkeit sehr wohl bekannt und zwar durch ihre Taten. Sie treten auf mit ihren Maßregelungspraktiken, ihren Aussperrungsbeschlüssen und ihrer „Arbeitsvermittlung“, die letztere nur ein scharfes Maßregelungsinstrument. Sie machen sich so dem einzelnen Arbeiter schwer fühlbar. Aber das ganze organisatorische Wirken dieser Unternehmerverbände geschieht unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Mit peinlichster Vorsicht wird darüber gewacht, daß nichts über sie in die Öffentlichkeit dringt, was nicht ausdrücklich dazu bestimmt wird. Daher auch die Unkenntnis der Stärke dieser Unternehmerorganisationen, die sowohl in der Arbeitererschaft als auch selbst in amtlichen Kreisen herrscht.

Nur hin und wieder gelingt es, dies oder jenes aus ihren Verhandlungen zu erfahren, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Und da erfährt man, mit welcher rücksichtslosen Offenheit die Leiter dieser Verbände sich als Herren der Situation gebärden, wie sie sich über alle Gesetze und alle staatliche Autorität erheben fühlen und wie sie selbst die Minister nur als ihre Handlanger betrachten. So z. B. nahm in einer Sitzung vom 7. Februar d. J. der Verein deutscher Maschinenbauanstalten Stellung zu der von Minister von Budd verfaßten Einführung des Neunstundentages in den Eisenbahnwerkstätten, wobei man selbstverständlich hiergegen loswetterte. Aber Herr Beumer riet den Herren, nur nichts in die Öffentlichkeit auszuplaudern:

„Wenn Sie aber jetzt etwas in die Zeitungen hineinbringen — es wird sich auch um die Festlegung des Protokolls handeln, ob Sie da alles, was hier gesprochen wird, veröffentlichen wollen —, dann werden Sie einen großen Sturm in der Öffentlichkeit heraufbeschwören, der nachher dem Minister die Verhandlung mit Ihnen

und auch die Erfüllung Ihrer Wünsche außerordentlich schwierig macht.“

Und bezüglich der Berggesetzreform und der durch diese akut gewordenen Frage der Arbeiterausschüsse erklärte Herr Bued als Referent mit Genugtuung, daß es dem preussischen Landtag zu danken sei, wenn die Bestimmungen der Berggesetznovelle so gemäßigt ausfielen, weil dort keine Sozialdemokratie die Mehrheit beeinflusse. „Wenn es sich um eine Frage im Reichstag handelte, so würde diese Sache ganz anders behandelt werden, als im preussischen Abgeordnetenhaus und im preussischen Herrenhaus.“

Und was die Herren beabsichtigen, geht aus den Ausführungen des Chemnitzer Textilindustriellen, Commerzienrat Vogel, der in der Verbandsversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände am 8. Dezember 1906 erklärte:

„Unser Generalsekretär Bued hat uns vorhin gesagt, daß unsere Hauptstelle Arbeitgeber mit 500 Millionen Mark Lohnsumme vereintigt. Wenn wir uns in eine Linie stellen mit unseren Arbeitern, würden wir jährlich 5 Millionen aufbringen. Denn im großen ganzen zahlen die Arbeiter 1 Proz. ihres Lohnes

der in keinem Verhältnis steht — das werden Sie ohne weiteres zugeben — mit den Erträgen unserer Fabriken und mit dem Einkommen unseres Standes.

Die Leute bringen 1 pro 100 auf. Wenn wir den Neuzuzuwandernden sagen: In unseren Arbeitgeberverbänden nehmen wir 1/2 oder 1 pro Tausend, so ist das erste, daß sie darum feilschen, daß dieses ganze oder halbe pro Tausend zu hoch sei, daß sie es gar nicht nötig hätten, ein Eintrittsgeld zu bezahlen oder wenigstens den Jahresbeitrag nur für das halbe Jahr entrichten wollen, daß jeder eine besondere Begünstigung für sich haben will. Und im Falle des Streiks — kann bei manchem der Mund nicht weit genug aufgerissen werden, wie weit sie entschädigt werden sollen. Meine Herren, das ist das Bild! Und ich glaube, es ist sehr wünschenswert, gegenüber den letzten Vorkommnissen — die rote Welle dringt bis zu uns herüber, — Ihnen zu zeigen, wie groß die Gefahr ist, wenn wir uns nicht aufrichten. Meine Herren, sind wir denn weniger als Arbeiter? Haben wir nicht vermöge unserer Kapitalkraft, unseres Verstandes, unseres Wissens viel mehr Chancen...? Ich habe seinerzeit in Berlin an dieser Stelle gesagt: Meine Herren! Einen Julisturm müssen wir bauen, wir müssen einen Turm bauen, wo wir soviel Kapitalisten festlegen, daß wir jeder Eventualität ruhig entgegensehen können. Das elende Gebäude, das wir jetzt haben, wo wenige Hunderttausende wie in einem kleinen Bott, in eine Schachtel hineingetan worden sind, das imponiert den Arbeitern nicht, die ungefähr 20 Millionen in den Banken liegen haben und über ganz andere Opferfreudigkeit verfügen. Ich habe gestern die Freude gehabt, eine Anzahl Industrieller aus Süddeutschland zu sprechen; die sagten: Wir haben dieses Jahr ein gutes Jahr gehabt, wir werden in unseren Generalversammlungen beantragen, ein Prozent der an die Arbeiter gezahlten Lohnsumme auf die Kante zu legen für alle Zwecke, wie sie von Arbeitgeberverbänden gefördert werden.“ Ich hätte persönlich gewünscht, daß es uns noch viel, viel schlechter geht. Vielleicht wären wir dann noch einmal zusammen gekommen und jeder hätte in die Tasche gegriffen und im Handumdrehen hätten wir zehn Millionen bekommen!“

So geheim auch diese Verhandlungen geführt wurden, so gelang es doch der „Metallarbeiterzeitung“, die Protokolle zu erhalten und die geheim gehaltenen Ergüsse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sie zeigen, wie die deutschen Unternehmer sich als Herren im Reiche, den Minister als ihren Kaufburschen und das preussische Dreiklassenparlament als das Kapitol der kapitalistischen Ausbeutung betrachten. Aber sie zeigen auch, welche ungeheure Macht diesen rücksichtslosen, brutalen Kapitalbesitzern zur Ver-

gung steht, die erklären, nur so im „Handum-
wehren“ zehn Millionen Mark zur Nieder-
setzung der Arbeiter aus der Tasche schütteln zu
können.

Wer etwa glauben wollte, daß diese Organisa-
tionen nur aus einigen wenigen großindustriellen
Kapitalkönigen bestehen, daß sie demnach keinen über-
wiegenden Einfluß auf das Unternehmertum in In-
dustrie und Handwerk auszuüben vermögen, der irrt
sch. Allein der Centralverband deutscher In-
dustrieller, 1876 gegründet, zählt nach Müller be-
reits 553 Mitglieder, darunter 52 industrielle Ver-
eine, 24 Handelskammern, 7 Berufsgenossenschaften
und 460 Einzelmitglieder. Er vereinigt in sich An-
gehörige aller Berufe, besonders aber dominiert in
ihm die Großindustrie, die Eisen- und Kohlenkönige
Rheinland-Westfalens und Sachsens, sowie die nam-
haftesten Textilindustriellen.

Eine weitere Unternehmerorganisation, die Mit-
glieder aus den verschiedensten Berufen in sich ver-
einigt, ist der Bund der Industriellen, der
vorwiegend die mittleren und kleineren Betriebe der
Verarbeitungsindustrie umfaßt; ferner der Ver-
band sächsischer Industrieller, der etwa
200 Betriebe mit 250 000 Arbeitern umfaßt; und
schließlich der bayerische Industriellen-
verband mit 600 Mitgliedern, die etwa 100 000
Arbeiter beschäftigen.

Neben diesen Unternehmerverbänden allge-
meiner Natur finden wir auch sehr mächtige solche,
die nur bestimmte Berufe umfassen. So z. B. den
Gesamtverband deutscher Metallin-
dustrieller, der eine Centralisation der in der
Metallindustrie bestehenden Einzelvereine ist und
aus 23 Untergruppen besteht. In den Betrieben
seiner Mitglieder sind 320 000 Arbeiter beschäftigt.
Von der geradezu unheimlichen sozialen Rücksichts-
losigkeit und gewissenlosen Brutalität dieser Unter-
nehmerorganisation brauchen wir hier kein Wort zu
verlieren.

Ferner sind in dieser Gruppe die verschiedenen
Verbände des Baugewerbes, die 10 000 Unter-
nehmer umfassen, bei denen etwa 100 000 Arbeiter
beschäftigt sind. Zu nennen sind weiter sechs berg-
und hüttenmännische Vereine, eine Anzahl
Organisationen der Eisenindustrie, darunter 4 cen-
trale, wie der Verein deutscher Eisengieße-
reien, Verband deutscher Eisengießereien
für Bauguß, Verein deutscher Eisen- und
Stahlindustrieller, der Verein deutscher
Eisenhüttenleute und schließlich der Verein
deutscher Maschinenbauanstalten. Und auch
sonst gibt es in allen nennenswerten Industrie- und
Gewerbebezügen, wie in der chemischen Industrie,
der Glasindustrie, Lederindustrie, Holzindustrie, Pa-
pierindustrie, Mühlenindustrie, Zucker- und Schoko-
ladenindustrie, Tabakindustrie und selbst in der
Gärtnerei mehr oder weniger bedeutungsvolle
Centralorganisationen der Unternehmer. Sehr
starke und einflußreiche Lokal- und Bezirks-
organisationen haben die Textilindustriellen,
ferner die keramische Industrie und die Brauerei-
industrie.

Eine weitere Gruppe von Unternehmerverbän-
den sind die Orts- oder Bezirksorganisationen, die
verschiedene Berufe umfassen. Darunter ist in
erster Linie der Arbeitgeberverband für
Hamburg-Altona zu nennen, der 14 Unter-
nehmervereinigungen mit 130 000 beschäftigten Ar-
beitern umfaßt, und der im Grunde der Ausgangs-
punkt der modernen, von keinen sozialen Rücksichten

getragenen Unternehmerorganisation in Deutsch-
land zu betrachten ist, obgleich erst im Jahre 1890
gegründet. Mächtige lokale Unternehmerorganisa-
tionen bestehen weiter in Jena (Verein Jenaer
Fabrikanten), Magdeburg (Arbeitgeberverband
Magdeburg, umfassend 75 Be-
triebe mit 5525 beschäftigten Arbeitern). Ferner
fällt ins Gewicht der Bergische Fabri-
kantenverein mit 5 Korporationen und 200
Einzelmitgliedern, bei denen insgesamt etwa 20 000
Arbeiter beschäftigt sind.

Und schließlich sind noch die lokalen Unter-
nehmerorganisationen zu nennen, die sich auf einen
Beruf beschränken, wie die Berliner Verbände der
Metall- und der Holzindustriellen usw.

Außer den hier genannten Organisationen be-
stehen noch eine große Zahl anderer Unternehmer-
vereinigungen auf derselben Grundlage und wesent-
lich mit denselben Zielen und Aufgaben.

Die Spitze dieses mächtigen Gebäudes ist nun
endlich die im April 1904 errichtete Hauptstelle
deutscher Arbeitgeberverbände, in der
der Centralverband deutscher Industrieller domi-
nierenden Einfluß hat. Diese statutarisch festgelegte
dominierende Stellung des Centralverbandes ging
indessen einigen anderen Unternehmerorganisa-
tionen zu weit. Sie beauftragten sofort den Ge-
samtverband der Metallindustriellen Deutschlands,
eine zweite Centrale vorzubereiten und bereits am
22. Juni 1904 konnte in einer Delegiertenversamm-
lung dieser Verbände der Verein deutscher
Arbeitgeberverbände gegründet werden,
dem außer dem Metallindustriellenverband unter
anderem noch der Arbeitgeberverband Hamburg-
Altona angehört. Die Satzungen des Vereins deut-
scher Arbeitgeberverbände stimmen nahezu wörtlich
überein mit denen der „Hauptstelle“ und die vor-
handenen Gegensätze sind nicht größer, als daß ein
Kartellvertrag zwischen beiden abgeschlossen werden
konnte, der eine gemeinsame Förderung der in den
Satzungen niedergelegten Vereinszwecke und ge-
meinsame Hilfe für von „unberechtigten“ Streiks
betroffene Unternehmer bestimmt. Diese Hilfe sollte
bereits während der drohenden Metallarbeiteraus-
sperrung der letzten Monate gewährt werden, in-
dem die Hauptstelle ankündigte, ihrerseits den Ver-
band der Metallindustriellen bei der Aussperrung
der 60 Proz. der beschäftigten Arbeiter dadurch zu
unterstützen, daß von den übrigen Metallindustriellen
während der Aussperrung keine Neueinstellungen
von Arbeitern vorgenommen werden sollten.

Die wesentlichsten Ziele dieser Unternehmer-
centralen sind die Bekämpfung aller von ihnen als
„unberechtigt“ erkannten Forderungen der Arbeiter,
den Streikbrechern Schutz zu gewähren, die Arbeits-
nachweise der Arbeitgeber auszudehnen und zu
fördern, Rechtsschutz zu gewähren usw. Hierzu
kommen noch die „scharferen Mittel“ der
„schwarzen Listen, wodurch Arbeiter, die von
ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, dauernd
brotlos gemacht werden sollen, die Waffe der
Aussperrung und Streikversicherung. Und schließlich
die Einführung der Streikklause in
Lieferungsverträgen usw., alles Fragen, die im
„Correspondenzblatt“ wiederholt eingehend behandelt
worden sind, so daß heute ein Eingehen darauf sich
erübrigt.

Die Stärke dieser beiden Centralen der Unter-
nehmerverbände geht aus folgenden Zahlen hervor:
die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“
umfaßt am Jahreschluß 1905 51 Verbände, deren

greifen der Arbeiter in die gesamten Betriebsverhältnisse des Unternehmers, der sich be-
nimmten, und zwar umfangreichen Verpflichtungen
unterzuordnen hat, der sich bei den Schiedsgerichten
nicht selten sogar der Gerichtsbarkeit von Arbeitern
seines eigenen Betriebes mit unterstellen muß, mit
einem Worte, die Tarifgemeinschaften haben das
Joch vom „Herrn im Hause“ zerstört und führen in
ihren Konsequenzen zu einem — wenn auch
heute noch im embryonalen Zustande — industriellen
Konstitutionalismus.

Die Tarifgemeinschaften tragen auch den Keim
in sich, daß ihre Verträge in absehbarer Zukunft ein-
mal mit gesetzlichem Schutze umkleidet sein werden,
denn nur für das, was die Gewerkschaften erkämpft,
schrieb einmal der „Vorwärts“, wird die Gesetzgebung
zu haben sein. Und wie, um den Worten Molken-
bubers auf dem Münchener Parteitage zu folgen, die
Stajfen- und Unterstützungseinrichtungen der deutschen
Arbeiter maßgebend für die Sozialreform der
Regierung geworden waren, werden einmal auch die
Tarifverträge zu gesetzgeberischen Maßnahmen Anlaß
geben. Wann und inwieweit hängt von der andauern-
den Arbeit der Gewerkschaften und ihrem Verständnis
für die Aufgaben der Zeit ab. Wenn man weiter
berücksichtigt, daß durch die Intimitäten einer Tarif-
beratung und dem damit zusammenhängenden ob-
jektiven Studium der beruflichen Verhältnisse
beide Teile ihre Positionen kennen lernen und der
Arbeiter weiß, was gefordert und durchgeführt
werden kann, wenn man ferner in Betracht zieht, daß
in Betrieben mit geordneten tariflichen Verhältnissen
der Arbeiter auch als Mensch mehr zur Geltung
kommt als dort, wo die Hausordnung eine Krute-
ziert — dann wird man sicher nicht verkennen, daß
auch in volkswirtschaftlicher und sozialer Beziehung
die Tarifgemeinschaften erzieherisch wirken. Daher
im allgemeinen aus weiten deutschen Gewerkschafts-
kreisen — ich nenne nur die Metallarbeiter, die Berg-
arbeiter, die Maurer, die Holzarbeiter — die ein-
mütige Erkenntnis: „Tarifgemeinschaften abzuschlie-
ßen ziehen sämtliche Gewerkschaften dem Streik vor.“

Diese knappen allgemeinen Darlegungen waren
notwendig, um zu vermeiden, daß später in loser
Form auf das eine oder andere zurückgegriffen
werden müßte und weil in ihrer Tendenz dadurch
die tarifliche Arbeit der Buchdrucker in dem letzten
Jahrzehnt illustriert ist, eine Arbeit, die ob ihrer
Nützlichkeit und Notwendigkeit lange Zeit hindurch erit-
den Widerstand eines großen Teiles der Arbeiter-
schaft überwinden mußte und jetzt doch den Sinn des
Bibelwortes rechtfertigt: „Der Stein, den die Bau-
leute verwarfen, ist zum Eckstein des Gebäudes ge-
worden.“

Die alte Tarifgemeinschaft.

Tarifliche Bestrebungen resp. die Schaffung einer
gewissen gewerblichen Ordnung begleiten das Buch-
druckgewerbe durch all die Jahrhunderte seines Be-
stehens. In der Neuzeit finden wir zahllose örtliche
Tarifvereinbarungen und 1848 den erstmaligen Ver-
such, eine Art Tarifgemeinschaft über das ganze
Reich auszudehnen. Diesen Versuch sowie alle orga-
nisationistischen Bestrebungen knüppelte die weit-
preussische Regierungswissenschaft nieder, so daß es erst
mit der Schaffung der Gewerbefreiheit und Frei-
zügigkeit, sowie des Koalitionsrechtes zur Gründung
einer Gehülfsorganisation — der Voraussetzung für
eine Tarifgemeinschaft — kommen konnte. Der 1866
gegründete Verband verwandte seine ganze Kraft

darauf, die Prinzipale für eine Tarifgemeinschaft zu
gewinnen, was aber erst nach dem Streik und der
Ausperrung des Jahres 1873 gelang. Diese damals
vereinbarte Tarifgemeinschaft bestand formell bis zum
Jahre 1892, hatte aber de facto bereits Ende 1891
das Zeitliche gesegnet, obwohl auf dem Papier der
Tarif von 1890 weiter bestand. Daß die Tarif-
gemeinschaft im Jahre 1892 von der Gehülfsenschaft
über Bord geworfen wurde, ist auf die Tatsache zurück-
zuführen, weil die Tarifgemeinschaft jener Jahre jed-
weder moralischen und praktischen Exekutive entbehrte,
weil die Prinzipalität fast nie und nirgends für die
Aufrechterhaltung des Tarifs auch nur den bescheiden-
sten Beitrag leistete, weil alle Lasten und Opfer
immer nur von der Gehülfsenschaft zu tragen waren
und weil infolge des passiven Verhaltens der Prin-
zipale die Ein- und Durchführung des Tarifs trotz
aller Anstrengungen der Gehülfsenschaft eine überaus
flägliche war. Knapp 1000 Firmen in 274 Orten
hatten 1890 den 17 Jahre lang in Kraft gewesenem,
mehrfach zugunsten der Prinzipale abgeänderten
Tarif anerkannt. Ein trostloses Bild. Kein Wunder,
daß die Gehülfsenschaft, als sie 1891 ihre billigen An-
forderungen von der Prinzipalität abgelehnt sah,
einsteteils die Tarifgemeinschaft dafür verantwortlich
machte und andererseits dieselbe ins alte Eisen warf.
Manch eine Gewerkschaft wird über solche Er-
fahrungen hinweg erst zu vollendeteren tariflichen
Einrichtungen kommen, aber auch wie die Buchdrucker
selbst eine primitive Tarifvereinbarung die gewerb-
lichen Anarchie vorziehen. Auch nach dem Fall der
Tarifgemeinschaft hörte in Gehülfskreisen der Ruf
nach einer Tarifgemeinschaft nicht auf, denn die Un-
sicherheit in der Bezahlung, das Ueberschreiten der
Lehrlingskala, die Ausdehnung der Arbeitszeit, die
wachsende Schmutzkonkurrenz, die Gründung der
Prinzipalskaffe und des. Gutenbergbundes — eine
Arbeitswilligenorganisation, die jetzt verständnis-
innig von den „Christlichen“ Liebewarm ans Herz
gedrückt wird — machten die Lage für die Ge-
hülfsenschaft immer unerträglicher, das Gewerbe
began allmählich zu versumpfen und die Unsicherheit
der Existenz des Einzelnen war größer denn je. Ver-
schiedene Bemühungen der Gehülfsenschaft, mit den
Prinzipalen zu einer erneuten Verständigung zu ge-
langen, wurden von den letzteren abgelehnt, bis end-
lich auch den Prinzipalen die Erkenntnis aufdäm-
merte, daß auf diese Weise auch ihre Existenz eine
gefährdende werden müßte. Als daher am 21. Fe-
bruar 1896 in Leipzig eine Allgemeine Gehülfsenber-
sammlung nach einem Referate des Verbandsvorsitzen-
den Döblin beschloß, der Gehülfsenschaft Deutschlands
eine Resolution zu unterbreiten, welche an die Prin-
zipale die Forderungen stellte:

1. möglichste Verkürzung der Arbeitszeit;
2. eine dementisprechende Lohnerhöhung;
3. Präzisierung der durch die Praxis als streitig empfundenen Paragraphen des Tarifes,

flammte es in der ganzen deutschen Gehülfsenschaft
auf und dieser Stimmung gegenüber wagten die
Prinzipale nicht länger in ihrer Halsstarrigkeit zu
verharren, so daß die Folge davon

Der Tarifabschluß von 1896

war. Nach einigen Präliminarien wurden, der
damaligen Situation entsprechend, vom Einigungs-
amt des Gewerbegerichtes in Leipzig die Wahlen der
neun Gehülfsenvertreter zum Tarifabschlusse
ausgeschrieben und diese Wahlen am 25. März voll-
zogen. Am 15. April 1896 traten im Buchhändler-
hause zu Leipzig die neun Gehülfsenvertreter mit

Mitglieder 711 899 Arbeiter beschäftigen, an die 592½ Millionen Lohn gezahlt wurde. Sie steht ferner mit fünf Verbänden in einem Kartellvertrag. Der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ zählte am gleichen Termin 20 angeschlossene Verbände, deren Mitglieder insgesamt 950 000 Arbeiter beschäftigen. Rechnet man dann noch die Unternehmerorganisationen hinzu, die diesen Centralisationen sich bisher nicht angeschlossen haben, aber dennoch mit ihnen gemeinsam arbeiten, so erhält man nach Müller eine Zahl von rund 2 Millionen Arbeitern, die bei organisierten Unternehmern beschäftigt sind. Immerhin eine gewaltige Macht, mit der die gesamte, also auch die politische Arbeiterbewegung Deutschlands rechnen muß bei allen von ihr beabsichtigten Aktionen, bei denen die Arbeitermassen als ausführender Faktor in Frage kommen.

In unseren Gewerkschaften sind zurzeit etwas über 1½ Millionen Arbeiter vereinigt. Mit den in den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen organisierten Arbeitern dürfte die Zahl von 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder erreicht sein. Politisch organisiert ist kaum der vierte Teil.

Demgegenüber aber stehen in geschlossenen Kampfesreihen die Unternehmer fast aller Industriezweige. Ihnen stehen außer einem schier unberechenbaren Kapitalbestand noch alle Hilfsmittel des kapitalistischen Staatswesens, Behörden, Justiz, Militär, Regierungen und Parlamente zur Seite.

Es bedarf wirklich keiner ausführlichen Darlegungen mehr, es genügt der bloße Hinweis, um zu zeigen, daß die bisherige Gepflogenheit der deutschen Gewerkschaften und ihrer verantwortlichen Leiter, alle ihre Maßnahmen einzig auf der durch kalte, nüchterne Ueberlegung und Berechnung gewonnenen Basis vorzunehmen, den Erfolg verbürgt. Nur das ruhige Abwägen vorhandener und gegebener Tatsachen hat unsere Organisationen groß und einflußreich gemacht, sie von Erfolg zu Erfolg geführt. Und nur diese Methode der Kampfesführung wird uns zu der Stärke bringen, die notwendig, um die unheilvolle Macht der Unternehmerverbände in Staat und Gesellschaft zu brechen.

Statistik und Volkswirtschaft.

Zehn Jahre Tarifgemeinschaft.

(Ein Beitrag zur Geschichte der Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe.)

Allgemeines.

Bevor ich auf die mir von der Redaktion des „Correspondenzblattes“ gestellte Aufgabe der Behandlung der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker im Speziellen eingehe, ist es notwendig, einiges über die Tarifgemeinschaften an sich vorauszusagen, denn es wäre verfehlt, anzunehmen, daß der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker eine im Wesen der Sache größere Bedeutung zuzusprechen sei, als der Tarifgemeinschaft in irgend einem anderen Gewerbe. Die Buchdruckertarifgemeinschaft hat nur den längeren Bestand und damit die größeren Erfahrungen für sich, ein Umstand freilich, der für die praktische tarifliche und die damit im Zusammenhang stehende Gewerkschaftsarbeit sehr wesentlich in Betracht kommt.

Man kann sagen, daß gegen frühere Jahre heute die Bewertung der Tarifgemeinschaften sich zugunsten der letzteren recht beachtlich verändert hat. Einmal erklärt sich das aus dem Wachstum der Gewerkschaften, womit gleichzeitig ernsthaftere gewerkschaftliche Arbeit zu verrichten möglich geworden ist und aus der auch eine höhere Verantwortung resultiert,

zum andern, weil der Arbeiter stets eine billige Verständigung dem Kampfe vorzieht, womit gleichzeitig seine Geneigtheit zum Abschluß von Tarifvereinbarungen ausgedrückt ist, was nur zu oft durch einen proßigen Herrenstandpunkt vereitelt wird. Die Arbeiterschaft hat von jeher den Standpunkt eingenommen, den Bebel 1870 bereits in seiner Polemik mit der Stuttgarter „Demokratischen Korrespondenz“ vertrat: „Wir sind nicht der Feind des einzelnen Arbeitgebers, sondern stets bereit, uns mit ihm zu verständigen, wenn er uns anständig entgegenkommt.“ Ist es doch eine Binsenwahrheit, daß die erbittertesten Kämpfe im Wirtschaftsleben dort geführt werden, wo der Unternehmer selbst den geringsten Grad dieses „anständigen Entgegenkommens“ vermissen läßt und wo man à la Kirdorf und Bued die Parole ausgibt: „Mit Arbeitern verhandeln wir nicht!“ Wenn man für das Wirtschaftsleben in diesem Punkte Prinzipien aufstellen wollte, so könnte man sagen: Prinzipiell ist der Arbeiter jederzeit zu einer friedlichen Verständigung mit dem Arbeitgeber bereit und nur bei Ablehnung solcher greift er mangelnd jeden anderen Ausweges zum Streit. Darum ist die Frage: „Für oder gegen Tarifgemeinschaften?“ längst entschieden, und es kann sich nur noch darum handeln, ihr Wesen und Wirken zu untersuchen und ihre praktische Anwendbarkeit im Wirtschaftsleben zu studieren. Die letztere wird sich bei der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker am zweckmäßigsten erörtern lassen.

Wie gesagt, mit dem Wachstum der Gewerkschaften sind auch die Tarifgemeinschaften in Fluß gekommen. Eine schwach organisierte Arbeiterschaft wird sich ein gewisses Entgegenkommen der Unternehmer nicht erzwingen können, mit ihr vereinbart man nicht, sondern ihr diktiert man. Das ist eine alte Erfahrung, die schon den Frankfurter Gewerkschaftscongreß zu dem Standpunkt nötigte: „Nur starke Gewerkschaften können Tarifgemeinschaften abschließen.“ Dank der regen Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften liegen die Dinge heute wesentlich anders. Etwa 4000 Tarifverträge in 2000 Städten legen Zeugnis davon ab, wie es die deutschen Arbeiter verstanden haben, durch den Druck ihrer Organisationen sich eine gewisse Gleichberechtigung zu erkämpfen, denn nur über Kämpfe hinweg kommen die Gewerkschaften zu Tarifgemeinschaften, weil die Grundlage unserer heutigen Wirtschaftsordnung, die unaufhörliche, selbst die Grenzen des Reiches überschreitende Konkurrenz und ein mangelhaftes soziales Verständnis des Unternehmertums nur dem Beachtung zollen, der sich seinen „Platz an der Sonne“ zu erkämpfen weiß. Weil aber der Arbeiter nicht kämpft um des Kampfes willen, sondern um sich und seinen Organisationen Anerkennung und Geltung zu verschaffen, so ist meines Erachtens ein gewisser, aber notwendiger Ruhepunkt in diesen Kämpfen mit dem Abschluß von Tarifverträgen erreicht.

Will man sie richtig einschätzen, darf man in ihnen nicht einen mechanischen Vorgang erblicken, oder gar, wie eine lang kolportierte Phrase lautete, die Ansätze zu einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, sondern eine wirtschafts- und sozialpolitische Errungenschaft, die in ihrer allgemeinen Wirkung manchem bedeutungslos erscheinen mag, aber für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse ebenso unentbehrlich wie folgerichtig ist. Es ist nicht die Tatsache allein, daß eine bestimmte Arbeitszeit oder ein bestimmter Mindestlohn tariflich festgelegt wird, was das Wesen und die Bedeutung der Tarifgemeinschaften ausmacht, sondern vor allem ist es das Ein-

und beseitigten dadurch manchen in seinen Konsequenzen unabsehbaren Konfliktstoff. Wenn die 16 bisher eingerichteten paritätischen Arbeitsnachweise manches zu wünschen übrig ließen, so liegt die Schuld hieran gleichmäßig bei den Gehülften wie bei den Prinzipalen. Um aber wertvollen Schlusfolgerungen vorzubeugen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß dort, wo prinzipielle Anforderungen an die Arbeitsnachweise gestellt wurden, jenen auch prompt nachgekommen wurde. So z. B., daß die Vermittelung von Arbeitsgelegenheit nicht von der Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation oder Klasse abhängig gemacht werden darf, und daß außer der Reihe, und zwar in erster Linie solche Gehülften untergebracht werden müssen, welche durch ihr Eintreten für den Tarif arbeitslos wurden. Da das Tarifamt als Centrale unter den Arbeitsnachweisen wirkt und allwöchentlich durch Kontrollkarten der Arbeitsmarkt erforscht werden kann, läßt sich, was nicht unbeachtet bleiben möchte, ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf das ganze Reich treffen. Man kann sagen, die in so vielen Gewerben heikle Arbeitsnachweisfrage ist im Buchdruckgewerbe als Streitfrage ausgeschieden dank des zehnjährigen gemeinsamen Wirkens auf dem Tarifgebiete.

Über den reinen Lohnvertrug hinweg ist das Buchdruckgewerbe zu freiwilligen, aber festen gewerbegesetzlichen Einrichtungen tariflicher Natur gekommen als Frucht des Bemühens, die kriegerischen Reibungsflächen in eine friedliche Verständigung umzuwandeln. Zur Aufrechterhaltung derselben kommen naturgemäß neben der Gehülftenorganisation vor allem die Tariforgane in Betracht, weil ihnen die Aufgabe zugewiesen ist, über den Tarif zu wachen resp. ihn zu schützen. Auch in anderen Berufen hat die Folge gezeigt, daß Tariforgane die Begleiterin einer höheren gemeinsamen tariflichen Tätigkeit darstellen. Es bedarf wohl keiner besonderen Darlegung, daß die heutige Verfassung der Tariforgane ebenfalls die Frucht der zehnjährigen Tarifgemeinschaft ist, denn was in dieser Beziehung im Jahre 1896 vereinbart wurde, ist fortwährend Verbesserungen unterworfen gewesen und auch die im September dieses Jahres stattfindenden Tarifverhandlungen werden neue Abänderungen und Verbesserungen im Gefolge haben. Das ist eben die Frucht aller Entwicklung, allen Fortschrittes, welches Gebiet menschlicher Tätigkeit man auch im Auge haben möge.

Die Tarifeinführung.

Wiederholt ist auch schon im „Correspondenzblatt“ auf das ziffernmäßige Resultat der Tarifeinführung im deutschen Buchdruckgewerbe hingewiesen worden. Wir lassen zunächst einmal kurz die die fortschreitende Tarifeinführung kennzeichnenden Ziffern folgen. Der Tarif war unterschriftlich anerkannt:

Jahr	Druckorte	Firmen	Gehülften
1897	469	1681	18 340
1898	647	2080	22 468
1899	880	2704	27 449
1900	1002	3115	30 680
1901	1080	3872	34 807
1902	1043	3464	36 527
1903	1315	4250	39 464
1904	1382	4550	41 483
1905	1552	5134	45 868
1906	1659	5688	49 497

Damit sind, da bei 223 Firmen die Gehülftenzahl noch nicht ermittelt worden ist, rund 50 000 oder etwa 90 Proz. aller Gehülften bei Tariffirmen beschäftigt, die restlichen 10 Proz. fallen weder beruflich noch organisatorisch ins Gewicht. Von den Buchdruckereiunternehmen sind rund 66 Proz. aller vorhandenen Buchdruckereien der Tarifgemeinschaft angeschlossen. Daraus ergibt sich, daß die verbleibenden 34 Proz. meist „Betriebe“ sind, die größtenteils gar keine Gehülften oder nur vorübergehend oder in ganz geringer Anzahl beschäftigen. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaft sind in 2997 Buchdruckereien 1—5 Gehülften beschäftigt, woraus sich ergibt, daß fast alle in Betracht kommenden Buchdruckereien als tarifreu gewonnen sind.

Besser als Worte sprechen diese Ziffern, welche darun, daß sowohl Prinzipale wie Gehülften ernstlich bemüht waren, dem tariflichen Gesetze Geltung zu verschaffen. Welche Unsummen agitatorischer und organisatorischer Arbeit ist in diesen Ziffern ausgedrückt, die allerdings an der Oberfläche unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens keine haushohen Wellen schlug, aber die Arbeiterschaft eines ganzen Gewerbes wirtschaftlich und sozial vorwärts brachte. Im Detail mögen einige Ziffern illustrieren, welche gewaltige Fortschritte die Buchdrucker in den zehn Jahren ihrer Tarifgemeinschaft gemacht haben. In der Provinz Rheinland-Westfalen, deren Prinzipale seit Jahrzehnten verbandsfeindlich gesinnt waren und auch einem allgemeinen deutschen Tarif schroff ablehnend gegenüberstanden, ja ihn sogar mit einem regionalen Sondertarif beantworteten, war der Tarif von 1890 von 13 Firmen, der Tarif von 1896 im Jahre 1898 noch erst von 115 Firmen, am 30. April 1906 dagegen von 767 Firmen anerkannt! Ähnlich lagen die Dinge im Osten Deutschlands, und auch dort ist ein sehr bemerkenswerter Fortschritt erzielt worden. Man sieht daraus, daß der Buchdruckertarif nicht nur die Eigenschaft hatte, die materielle Lage der Gehülftenschaft zu verbessern, sondern daß er auch in sozialer Beziehung erzieherisch auf die Prinzipalität einwirkte. Einst rücksichtslose Gegner des Verbandes — mußten wir doch 1886 einen schweren, aber erfolglosen Kampf mit den Prinzipalen der genannten Provinz ausfechten — ist gerade dank der konsequenten Tarifarbeit auch bei jenen Prinzipalen die Erkenntnis gereift, daß es eine Sisyphusarbeit sei, Verband und Tarif zu bekämpfen. Beim Eingehen der Tarifgemeinschaft 1896 zählten wir in Rheinland-Westfalen 1600 Mitglieder, heute über 4000! Heute, kann man sagen, ist der Tarif und die Tarifgemeinschaft zum Gemeingut des deutschen Buchdruckgewerbes geworden. So wenig er sein Entstehen irgend einem „harmonieduseligen“ Standpunkt oder Willen verdankt, sondern eine Frucht der gewerblichen Entwicklung darstellt, wie ungefähr die modernen Arbeiterorganisationen nicht das Werk „gewerbmäßiger Geher“, sondern die Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung sind, so wenig wird irgend ein böser Wille die Ausgestaltung, die Verbesserung unserer Tarifgemeinschaft aufhalten oder mit Kraftphrasen beschwören können. Die äußerste Rechte wie die äußerste Linke kommen den Buchdruckern gegenüber nicht mehr auf ihre Rechnung, denn Entwicklungsgesetze zu meistern ist bisher niemand gelungen.

Je größeren Umfang die Tarifgemeinschaft gewinnt, je mehr sie alle Kräfte des Gewerbes aufsaugt, und je einheitlicher, geschlossener und mächtiger die Organisationen des Gewerbes nebenher gehen, desto größer ist die Garantie für ihr zmed-

der gleichen Zahl Prinzipalsvertreter zusammen und die Frucht fünfständiger Beratungen war der Tarif von 1896. In den Sitzungen des Tarifausschusses im Mai und September wurde das tarifliche Werk vollendet. Am 1. Juli trat der Tarif in Kraft, der den Gehülften eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit und 50 Pf. Lohnerhöhung pro Woche gebracht hatte nebst einer 5jährigen Gültigkeitsdauer und einigen Ausnahmebestimmungen, die durch die Verhältnisse im Gewerbe bedingt waren. Dafür war von der Prinzipalität die feste Versicherung einer tatkräftigen Mitwirkung bei der Einführung des Tarifs gegeben worden, welches Versprechen im Laufe der letzten zehn Jahre auch gehalten worden ist.

Mit dem Bekanntwerden der Tarifabmachungen setzte auch die Opposition gegen den Tarifabschluß ein. Der Hauptangriff galt natürlich den minimalen Aufbesserungen des Tarifs, welche man zu Lasten eines mangelnden Verständnisses der Gehülftenvertreter legte. Deren Taktik hat sich aber in der Folge als richtig erwiesen. Bei den verworrenen Verhältnissen, dem ganzen Daniederliegen des Gewerbes, der großen Lehrlingszahl und der vielen Tausenden von Nichtmitgliedern, die da und dort ganze Landesteile besetzt hielten, wäre es ein Verbrechen der Gehülftenvertreter gewesen, die Gehülfsenschaft zum Kampfe aufzurufen. Es galt zunächst, wieder festen Fuß zu fassen und eine allmähliche Besserung der Verhältnisse anzustreben. Diese ganze selbstverständliche, in manchen Gewerkschaften leider noch nicht durchgedrungene Taktik stieß damals auch bei uns auf Widerstand, aber selbst die Opposition im Verbands, eine eigens gegründete Gegenorganisation, wie die Hülfe, welche der letzteren in einzelnen Parteiblättern, unter Führung der „Leipziger Volkszeitung“, erstand, vermochte nicht den gesunden Sinn zu zerstören, der bei der Mehrheit der Mitglieder über die Beurteilung der gewerblichen Lage und die daraus resultierende Haltung der Gehülftenvertreter vorherrschte. Eine außerordentliche Generalversammlung, welche mit 45 gegen 22 Stimmen den Tarifvertrag billigte, sowie die Absehung des früheren „Korr.“-Redakteurs waren notwendig, um es dem Verbands möglich zu machen, auch nur einigermaßen den ihm gestellten Aufgaben auf dem Tarif- und dem Organisationsgebiete gerecht werden zu können. Eine trübe Zeit! Aber nicht nur die Gegner des Tarifes und des Verbandes im Gehülftenlager rüsteten sich, auch die Gegner im Prinzipalslager blieben nicht untätig. Die Prinzipale von Rheinland-Westfalen, diejenigen von Westpreußen und Posen stellten dem deutschen Tarife Sondertarife mit abgeminderten Positionen gegenüber, so daß die Lage des Verbandes und seiner Führer nichts weniger als eine beneidenswerte war, über dieses wild erregte Meer hinweg Organisation und Tarif in den sicheren Hafen zu führen. Aber zielbewußt ging der Verband seinen Weg und die Zukunft hat ihm recht gegeben.

Es ist hier nicht der Platz und die Redaktion wird mir auch nicht den nötigen Raum zur Verfügung stellen, alle Phasen der tariflichen Entwicklung in den letzten zehn Jahren hier zu behandeln, so daß ich mich immer nur auf Hauptpunkte beschränken kann. Da muß ich zunächst heraustrufen den Kampf gegen die Dauer der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe. Ein auch heute noch in der Arbeiterschaft weit verbreiteter Irrtum ist der, daß eine längere Tarifdauer die

Organisation einschläfere, sie kampfunfähig mache, somit nicht im Interesse der Arbeiter liegen könne. Ich stehe auf dem Standpunkte, auf den mich die Erfahrung gedrängt hat, daß eine kürzere als eine fünfjährige Tarifdauer für einen Tarifvertrag wertlos ist, der sich über das ganze nationale Konjunkturgebiet erstreckt. Die Auffassung in Arbeiterkreisen, welche da und dort noch ganz unmotiviert gestärkt wird, daß eine längere Tarifdauer am Ausnützen der Konjunkturen hindere, hat keinen realen Hintergrund und daran geknüpft Befürchtungen bestehen nur in der Einbildung. Die längere Dauer ermöglicht eine durchgreifende Tarifeinführung, macht die materiellen Verbesserungen nicht zu einer „vorübergehenden Erscheinung“, sondern zu dauernden Grundlagen, auf denen dann später weiter gebaut werden kann, und macht es auch den Unternehmern unmöglich, ihrerseits die Konjunkturen auszunützen. Außerdem ist die längere Dauer geeignet, bislang dem Tarif feindselig gesinnte Prinzipale der gewerblichen Ordnung zuzuführen, während ein kurzfristiger Tarif mit seinen fortgesetzten Beunruhigungen weder die Tarifeinführung begünstigen noch die Zahl der Tarifanerkennungen verwehren kann. Und schließlich können die „Konjunkturen“, bei deren theoretischer Berücksichtigung doch nur ein fast- und kraftloser Tarif zustande kommen könnte, nicht einmal ausgenützt werden, weil entweder die Geschlossenheit in der Organisation nicht zu erzielen war oder die günstigen Konjunkturen für die Arbeiter überhaupt ausbleiben. Nach dieser Seite hin kann man ja in den letzten zehn Jahren auf dem Wirtschaftsgebiete die lehrreichsten Betrachtungen anstellen. Die Propaganda für kurzzeitige nationale Tarife hat nur den Wert eines Schlagwortes. Ohne jeweils eine fünfjährige Tarifdauer wäre es nicht möglich gewesen, nach Möglichkeit die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse zu konsolidieren, wobei nicht vergessen werden darf, was nur zu oft geschieht, daß Vollkommenes hier nie zu erreichen ist, weil in jedem Gewerbe sich die Auswüchse der privatkapitalistischen Produktionsweise geltend machen, die zu beseitigen nicht den Gewerkschaften von heute, sondern erst einer wirtschaftlichen Neuordnung möglich sein wird. Wie eine solche herbeigeführt werden kann und welche bedeutungsvolle Mitwirkung dabei den Gewerkschaften zukommt, steht bei diesem Artikel nicht zur Diskussion.

Die Tariforgane.

Wie der ganze Tarif in seinem wesentlichen Inhalt, sind auch die zur Festsetzung und Einhaltung des Tarifs speziell eingesetzten Organe von Anfang an einer sehr abfälligen Kritik ausgesetzt gewesen. Die bereits genannten Arbeiterkreise glaubten auch hierin eine Preisgabe der selbständigen Organisation erblicken zu müssen. Uebereinstimmend ist heute aber bei der Gehülfsenschaft die Ueberzeugung vorhanden, daß ohne die Tariforgane (Tarifausschuß, Tarifamt, Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise) eine so umfangreiche Tarifeinführung nicht hätte erfolgen können. Die einzelnen Funktionen der Tariforgane zu erläutern würde zu weit führen, es genügt der Hinweis, daß sowohl die Festsetzungs- (Tarifausschuß) wie die Ueberwachungsbehörde (Tarifamt) die gehegten Voraussetzungen erfüllt haben und daß die 42 Schiedsgerichte in ihrem Wirkungsgebiet mit großer Unparteilichkeit Recht zu finden und zu sprechen bemüht waren. Mehr als 1000 Schiedsprüche lauteten fast ausschließlich zugunsten der klägerischen Gehülften

Sehrlings zuicht Einhalt geboten, die Arbeiter in hunderten von Betrieben aus oft hilf- und willenlosen Werkzeugen des Unternehmers zu selbstbewußten Menschen erzogen, weil eben der Tarifeinführung die Organisation der Gehülften auf dem Fuße folgte. Bei Abschluß der Tarifvereinbarungen 1896 zählte die Organisation rund 19 000 Mitglieder, gegenwärtig etwa 45 000, d. i. gegen etwa 60 Prozent 1896, heute über 80 Prozent sämtlicher Buchdruckergehülften. Der Massenbestand des Verbandes betrug 1896 in sämtlichen Klassen etwa 1 Million, heute nahezu 7 Millionen. Durch die Friedenszeit des letzten Jahrzehnts ist es auch möglich gewesen, die Unterstützungen in die Höhe und die für deren Bezug vorgesehenen Karenzzeiten herabzuschrauben, sowie die Mitgliederflucht auf ein ganz geringes Maß zu reduzieren. Als Anfang dieses Jahrhunderts eine starke wirtschaftliche Depression einsetzte und in diese Zeit gerade die Erneuerung des Tarifes fiel, war bereits die Organisation derart innerlich erstarrt, daß trotz der für sie „günstigen Konjunktur“ die Prinzipale bei den Tarifberatungen 1901 zu beträchtlichen Zugeständnissen sich verstehen mußten.

Den wirksamsten Dienst leistet aber die Tarifgemeinschaft den Gehülften bei der Einführung der Sechsmaschine. Es braucht diesem Leserkreise nicht auseinander gesetzt zu werden, welche verheerenden Wirkungen die Einführung von Maschinen in den verschiedensten Berufen zum Schaden der Arbeiter im Gefolge gehabt hat. Hatte vielleicht das Buchdruckgewerbe ein Patent darauf, gegebenenfalls von solchen Wirkungen verschont zu bleiben? Gewiß nicht. Die Ruhe — nicht diejenige, die man Bismarck nach dem Kölner Kongreß unterschob — der vorausgegangenen Jahre, welche, wie bereits dargelegt, die Organisation gekräftigt hatte, machte es dieser möglich, einen Sechsmaschinentarif durchzudrücken, der die acht stündige Arbeitszeit und einen um 25 bis 30 Proz. höheren Lohn als den für Handsatz stipulierte. Würden wir aber die Taktik unserer guten „Freunde“ von 1896 befolgt und eine damals verhältnismäßig schwache Organisation in voraussichtlich unaufhörliche und doch erfolglose Kämpfe gestürzt haben, mit welcher Wucht würde sich dann zwei Jahre später die Maschinen-einführung, die als drohendes Gespenst sich am gewerblichen Horizonte zeigte, geltend gemacht haben, und welche Machtmittel hätten wir dann der Prinzipalität entgegenstellen können? So ist auch nach dieser Seite hin die Tarifgemeinschaft der Gehülften ein kaum zu überschätzender Faktor geworden, mit dem sie Macht und Einfluß gewann, die sie wiederum in materielle Verbesserungen für die Gehülften umsetzte.

Ich kann mir nach meinen bisherigen Ausführungen eine Zusammenfassung derselben ersparen, wer aber mit einer objektiven Kritik denselben gefolgt ist, wird den Standpunkt der Buchdrucker in Gewerkschaftsfragen vielleicht besser verstehen lernen und nicht allzufern dem Standpunkte bleiben, den im Jahre 1900 die „Breslauer Volkswacht“ dahin präziserte: „So wird der einzig richtige Weg im Gewerkschaftsleben, den in Deutschland zuerst die Buchdrucker unter vielen Anfeindungen beschritten, allmählich als der beste anerkannt von den treuesten Parteigenossen.“

Schlusbemerkung.

Es ist mir eine Genugtuung, einem größeren Kreise von Nichtbuchdruckern, wenn auch nur in groben Umrissen, diese Darlegungen über die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe unterbreiten zu

können. Ich weiß sehr wohl, daß es nicht nur eine erklärliche Unkenntnis der Verhältnisse in unserem Gewerbe und seiner ganzen Entwicklung ist, warum man oft in anderen Arbeiterkreisen glaubt, die Taktik des Buchdruckerverbandes mißbilligen zu müssen, sondern daß auch leidige Personenfragen, die bedauerlicherweise in der deutschen Arbeiterbewegung einen breiten Raum in der Diskussion einnehmen und nur zu oft die sachlichen Momente und Motive in den Hintergrund drängen, nicht selten hinzutreten und eine objektive Würdigung bestimmter Vorgänge erschweren. Wir Arbeiter haben aber allen Grund, von einander zu lernen, weil jede Organisation eine bestimmte Praxis des gewerkschaftlichen Lebens durchmachen muß und weil zu wünschen ist, daß diese Erfahrungen nicht verloren gehen.

Die Organisation der deutschen Buchdruckergehülften — diese unerlässliche Voraussetzung für jeden Tarifvertrag der Zukunft in unserem Gewerbe — wird in den nächsten Monaten wiederum vor folgenschweren Entscheidungen gestellt, die um so bedeutamer sind für das Leben und Arbeiten der Organisation, als ja das Buchdruckgewerbe immer mehr in den Bannkreis des Industrialismus gezogen wird und dadurch der Charakter des Buchdruckgewerbes eine ganz wesentliche Veränderung erfahren hat. Welche Schritte und Maßnahmen und welche Taktik unser Verband da zu unternehmen hat, ist ausschließlich seine Sache. Von allen Gewerkschaftangehörigen auch der anderen Berufe muß eben erwartet werden, daß sie sich auf den Standpunkt stellen, daß es ur-eigenste Sache jeder Gewerkschaft ist, wie sie am besten glaubt, ihren Interessen dienen zu können, wenn sie nur in dem Rahmen dessen bleibt, was der große deutsche Gewerkschaftsbund als bindend für alle seine Glieder festgesetzt hat.

Indem aber die Buchdrucker bemüht bleiben werden, durch ihre Organisation auf einen Tarifvertrag hinzuwirken, der eine weitere materielle und soziale Hebung der Mitglieder bedeutet, glauben sie im Interesse der deutschen Gewerkschafts- wie der allgemeinen Arbeiterbewegung zu handeln, denn eine weitere Verbesserung der Lebenslage der deutschen Buchdruckergehülften bedeutet auch deren geistigen und physischen Fortschritt, und nur mit solchen Arbeitern wird sich in werktätigem Schaffen das Gebäude der Zukunft, an dem jeder nach Maßgabe seiner Kräfte arbeitet, errichten lassen.

Leipzig, im Juli 1906. L. Rexhäuser.

Arbeiterbewegung.

Die Parteipresse gegen die lokalistischen Zersplitterungsversuche.

Die Quertreibereien der „Anarchosozialisten“ und ihres Organs finden in der Parteipresse teilweise scharfe Beurteilung. Die „Einigkeit“ brachte in ihrer Nr. 28 einen Artikel eines ihrer Mitarbeiter, der in bestimmter Form die Gründung einer neuen „Arbeiterpartei“ propagiert. Die Redaktion des Blattes hat dann in Nr. 29 ausdrücklich diesen Artikel sich zu eigen gemacht, nur soll die Sache nicht sofort in Angriff genommen werden. Hiergegen nimmt die Parteipresse, wie es ihre Pflicht ist, in ihrer Mehrheit Stellung. So z. B. schreibt die „Rheinische Zeitung“ in Nr. 165:

„Etwas mehr Energie ist den Berliner Parteinstanzen, die unter Umständen recht forscht sein können, gegenüber den nichtsnutzigen Quertreibereien der anarchosozialistischen „Einigkeit“ und ihres teils konfuse, teils in

dienliches Wirken auch in der Zukunft. Ohne dabei zu vergessen, daß die Tarifgemeinschaft nicht wirtschaftliche Grundlagen schaffen kann, sondern auf der Basis solcher sich zu bewegen hat.

Die Behörden und der Tarif.

In einer Zeit, wo es nicht zu den Seltenheiten gehört, daß jede Betätigung von Arbeiterorganisationen unter dem Gesichtswinkel des Umsturzes von Thron und Altar bewertet wird und angesichts der Tatsache, daß selbst ein Posaadowsh einmal von den Gewerkschaften als „gemeingefährlichen Streikvereinen“ sprach, die überflüssig wären, weil die Arbeiter ja doch das Reichstagswahlrecht hätten — wer denkt da nicht an jene ärztliche Dienstmagd in einem „Erbauungsblatte“, die es ablehnte, Fleisch zu essen, weil sie ja „die schönen Kartoffeln“ habe! —, will die Stellung der Behörden den Tarifgemeinschaften gegenüber beachtet sein. Auch in dieser Beziehung ist es der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker in den letzten zehn Jahren gelungen, sich eine agitatorisch sehr wertvolle Anerkennung zu sichern. Ich habe schon an einer anderen Stelle gesagt, daß am Ende doch die Regierungen gezwungen sein würden, die Tarifverträge mit gesetzlichem Schutze auszustatten; wenn es aber dahin kommen soll, so müssen auch die Anfänge dazu gemacht werden. Die Buchdrucker sind auch hier bahnbrechend vorangegangen. Indem Prinzipale und Gehülfen gemeinsam für ihren Friedensvertrag im Interesse einer gewissen gewerblichen Ordnung und Befundung die behördliche Unterstützung erbaten, taten sie den ersten Schritt auf der Bahn der gesetzlichen Anerkennung der Tarifverträge. Und indem zahlreiche Behörden usw. diese Unterstützung dem Buchdrucker auch zu Teil werden ließen, drückten sie indirekt damit auch die Anerkennung der Gehülfenorganisation aus, deren Mitglieder Vertreter und Träger dieser tarifgemeinschaftlichen Vereinbarung sind. Das ist ein Stück Zugeständnis für die friedewirkenden Bestrebungen einer Arbeiterorganisation, das angesichts der tollen Treibereien der Scharfmacher hervorgehoben zu werden verdient. Von den staatlichen, städtischen und sonstigen Behörden und öffentlichen Institutionen, die ausdrücklich anerkannt, bezw. beschließen und kundgegeben haben, daß sie ihre Druckarbeiten nur an tariffreie Buchdruckereien vergeben, um so der Schmutzkonkurrenz und sonstigem unläutereren geschäftlichen Gebaren entgegenzutreten, seien nur einige genannt: das bayerische Ministerium, die württembergische, hessische und sächsische Regierung, das Ministerium in Weimar, der preußische Minister für Handel und Gewerbe, das kaiserliche Kanalamt in Kiel, das königliche Oberbergamt in Halle a. S., die königlichen Regierungen zu Köslin, Münster und Stralsund, zahlreiche Stadtverwaltungen im ganzen Reiche, Landratsämter, Landes-, Provinzial-, Eisenbahn- und Oberpostdirektionen, Handelskammern, Schulen, Ortskrankenkassen, Landesversicherungsanstalten usw. usw. Kein vernünftiger Gewerkschaftler wird bestreiten, daß dieser freiwilligen Unterstützung durch die Behörden neben einer materiellen Förderung des Tarifs auch eine moralisch nicht zu unterschätzende staatliche und soziale Anerkennung der Gehülfenorganisation ausdrückt und eine agitatorische Kraft entwickelt, welche letztere aus sich heraus die Organisationen im Buchdruckgewerbe nicht zu entwickeln vermöchten, wenn sie auch auf ihr Konto zu setzen ist.

Die Wirkungen der Tarifgemeinschaft auf die Gehülfenorganisation.

Ein häufig in Arbeiterkreisen gehörtes Wort geht dahin: Man kann nirgends in Staat oder Gesellschaft die Arbeiterorganisationen ignorieren. Gewiß nicht. Aber eben so richtig ist: Wir können Staat und Gesellschaft nicht ignorieren. Daraus erklärt sich auch, neben den eingangs gegebenen Darlegungen, daß die Buchdrucker so wenig in der Zukunft wie in der Vergangenheit darauf verzichten werden, eine in der Natur der Dinge liegende Verständigung mit ihren Prinzipalen zu suchen, deren Entgegenkommen vorausgesetzt. Das war auch der Grund, warum wir 1873, 1876, 1878, 1886, 1890, 1896, 1901 einem Tarife zustimmten und wohl auch wieder 1906 tarifgemeinschaftliche Verständigungen fördern helfen werden. Was nun speziell die Erfahrungen betrifft, welche die Gehülfenschaft in den letzten zehn Jahren mit der Tarifgemeinschaft gemacht hat, so besteht für die Gehülfen aller Anlaß, diese Zeit als eine für den Verband äußerst förderliche zu bezeichnen. Man hat in eigenen wie in anderen Arbeiterkreisen ihm seinerzeit den Vorwurf gemacht, daß er sich mit minimalen Bewilligungen der Prinzipale von 1896 zufrieden gab, und noch dazu auf 5 Jahre. Bei Einleitung der neuen tarifgemeinschaftlichen Aera handelt es sich aber vor allem darum, organisatorisch wieder festen Fuß fassen und um jenen nach der Niederlage von 1891/92 im Gewerbe eingerissenen, die Existenz der Gehülfenschaft andauernd bedrohenden Mißständen auf den Leib rücken zu können, wozu die Gehülfenschaft allein zu schwach war. „Hand wird nur von Hand gewaschen,“ gilt z. T. auch für die tarifgemeinschaftliche Praxis. Es erfordert eben eine sichere Kenntnis der gewerblichen und organisatorischen Lage und eine hohe Disziplin der Mitglieder einer Gewerkschaft, solche mehr vorbereitende Arbeit zu verrichten und in ihr ein ebenso wichtiges Moment zu erblicken wie in einem um bestimmter materieller Forderungen willen entrierten Lohnkampf. Wollte man sich bloß von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß der Kapitalprofit zu hoch und der Lohn der Arbeiter zu niedrig sei, dann könnte jede Gewerkschaft jeden Tag in einen Streik eintreten, ob sie aber bei einer solchen Praxis auf einen grünen Zweig kommen würde, ist wohl entschieden zu bezweifeln. Deshalb heißt es vor allem, in den Organisationen die Kräfte sammeln, sie mit gewerkschaftlichem Geiste erfüllen und disziplinieren, will man mit Aussicht auf Erfolg die Macht der Organisationen im gegebenen Augenblick in die Waagschale werfen. Solcher Art waren die Gedanken, welche unsere Gehülfenführer 1896 beherrschten und die sie entschlossen gegen jeden Ansturm verteidigten. Und sie taten recht daran, wie dann später das Jahr 1901 und die allgemeine tarifliche Gestaltung lehrte.

Mit Hilfe der Tarifgemeinschaft ist es uns möglich geworden — gemäß der Bestimmungen in bezug auf die Arbeitsnachweise —, organisierte Gehülfen in Druckereien unterzubringen, wo wir es nie durch die Macht der Organisation hätten erreichen können. Der Beitritt z. B. der rheinisch-westfälischen Prinzipalität zur deutschen Tarifgemeinschaft öffnete, wie bereits erwähnt, mit einem Schlage ganzen Personalen das Tor zur Organisation, und mit den organisierten Gehülfen wurden bis dato weit unter Tarif gezahlte Löhne tariflich gestaltet, übermäßig lange Arbeitszeit dem Tarife angepaßt, sanitäre Mißstände beseitigt, der

vereins der sozialdemokratischen Partei bei und wurde von dieser in Berlin, seinem Wohnorte, als Referent verwendet. Noch Ostern dieses Jahres ließ er sich in den Vorstand seines Harmoniesachvereins wiedewählen und schied aus diesem Vorstand laut öffentlicher Erklärung vom 15. Juni dieses Jahres lediglich aus, weil er infolge Antritts der Stelle in Solingen Berlin verlassen mußte. Der Verlag der „Vergischen Arbeiterstimme“ ist auf sein Ersuchen hin von uns über diese Vorkommnisse unter Beifügung von dokumentarischen Beweismitteln unterrichtet worden; trotzdem ist Herr Hildebrand, wie gesagt, wohlbestellter leitender Redakteur geworden. Hildebrands Person ist uns vollständig gleichgültig; daß aber jemand, der auf gewerkschaftlichem Gebiete unser offener Feind ist, bei der sozialdemokratischen Partei als leitender Redakteur angestellt wird, fordert zur schärfsten Kritik heraus, oder vielmehr, es ist unter aller Kritik!

Die Schlußfolgerung des „Handlungsgehülfenblattes“ scheint gerade in diesem Falle recht zutreffend zu sein. Die „Metallarbeiterzeitung“ teilt nämlich mit, daß die „Vergische Arbeiterstimme“ sieben drei Artikel zur Massenstreikfrage gebracht hat, worin der „Vorwärts“ und der Parteivorstand sehr scharf angegriffen werden. Außerdem heißt es am Schlusse des ersten Artikels:

„Die Sache kommt also darauf hinaus, um es klipp und klar zu formulieren, daß die preussische Wahlrechtsbewegung an den Führern der Gewerkschaften gescheitert ist. Also abermals die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft.“

Sozialpolitische Kämpfe der bulgarischen Arbeiter.

Der Gewerkschaftskongreß in Sofia (August 1905) hatte beschlossen, durch die Arbeiter in den Aufsichtskommissionen, die mit der Durchführung des Gesetzes betr. Frauen- und Kinderarbeit betraut sind, eine Propaganda für eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung und eine Agitation für die Abschaffung des Handwerkergesetzes zu veranstalten. Damit waren zwei treffliche Parolen gefunden, die ebenfalls für die Behebung der Arbeitermassen Bulgariens und für die Kräftigung der gesamten Arbeiterbewegung Bulgariens beigetragen haben. Jetzt sieht man allenthalben, daß hinter den Organisationen der Arbeiter, die nur die aufgellärtesten Elemente dieser Klassen umfassen, eine große Arbeitermasse steht, die im entscheidenden Moment ihr äußerstes aufzubieten bereit ist und in welche schon das Bewußtsein der Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses der gesamten Klasse für Kampf um ihre Rechte einzudringen beginnt.

Wie überall, so auch bei uns traf der Gesetzeschutz der Frauen- und Kinderarbeit den erbitterten Widerstand der Scharfmacher. „Der Bund der bulgarischen Industriellen“, die Organisation der Scharfmacher hat den Minister der Arbeit ersucht, dieses Gesetz durch ein ministerielles Reglement abzuschaffen!! Man liest in dem Archive des Bundes, wie das Organ der Gewerkschaften, „Rabotnitscheska Borba“, hervorhebt, Betrachtungen wie die folgenden: „Unsere junge Industrie wird zugrunde gehen, wenn das Gesetz ausgeführt wird.“ „Wir hoffen nicht, hier, im Orient, solchen Hindernissen unserer zivilisatorischen Tätigkeit zu begegnen.“ „Wie darf man uns, die wir den Staat aushalten, die wir den Tausenden von unglücklichen

Mädchen und Knaben das Brot geben, die sonst dem Hunger ausgeliefert würden, das Recht entziehen, daß wir selber unsere Verhältnisse mit den Arbeitern regeln?“ Und ein gelehrter Oekonomist, unter dem man einen sich sehr liberal gebärdenden Professor vermutet, erklärt: „Wir sind der Ueberzeugung, daß die Ausführung dieses Gesetzes die Zugrunderichtung der nationalen Industrie Bulgariens zur Folge hat.“ Und die Regierung, die jeden offenen Kampf mit der Kapitalistenorganisation sowohl wie mit der Arbeiterbewegung vermeiden will und sich hütet, eine gefährliche Opposition heraufzubeschwören? Obwohl sie den Arbeitern verbieht, das Gesetz unverzüglich in Kraft treten zu lassen, zeigt sie sich den Scharfmachern gegenüber wohlwollend genug, viele Scheußlichkeiten der Kinder- und Frauenausbeutung auch weiterhin zu dulden.

Die Arbeiterorganisationen haben allenthalben ihre Vertreter gewählt und in die Arbeitsausschüsse gesandt. Die Gewählten sind meist „weitherzige“ Sozialisten, die „engherzigen“ Sozialisten haben nur drei oder vier Mandate inne. Dank der Eifersucht dieser Arbeitervertreter geht die Ausführung des Gesetzes, trotz dem Widerstand der Scharfmacher, vorwärts. Diese Tätigkeit der Arbeiter wurde vorläufig nur von einer für den Moment wichtigeren Aktion abgelehnt. Das ist nämlich die Bewegung gegen das Handwerkergesetz.

Bekanntlich verpflichtet das Gesetz die Handwerksgehülfen, in die Handwerksinnungen einzutreten und Mitgliedsbeiträge zu zahlen, und zwar ohne jedes Stimmrecht. Nachdem bisher das ganze Gesetz fast vergessen schien, beeilen sich die Handwerksorganisationen, sich seiner zu bedienen, um der emporstrebenden Arbeiterbewegung einen Damm entgegenzusetzen. Ihr Versuch, die Arbeiter in die Innungen einzuführen, stieß aber auf einmütigen Widerstand. Die Agitation gegen das Gesetz, geleitet durch die sozialdemokratische Partei (die „engherzigen“ Sozialisten hinkten nach), begann mit aller Schärfe.

Die Schuhmachermeister von Sofia warfen an einem Tage 300 Arbeiter aufs Pflaster, die sich weigerten, sich Mitgliedsarten von der Innung zu verschaffen. Die Schuhmachereiarbeiter erlangten darauf durch eine Petition vom Ministerium 1. eine 15tägige Entfristung der Ausführung des Gesetzes, 2. eine Revision der gesetzwidrigen Vorschriften des Statuts der Innung, wonach die Gehülfen keiner Arbeiterorganisation angehören dürften. Ähnliche Vorschriften enthielten die Statuten mancher anderen Innung, die von demselben korrumpierten Ministerium bestätigt wurden.

Die sozialdemokratische Partei, die die Aktion im Einklang mit den Gewerkschaften leitete, hielt stark besuchte Versammlungen ab. Während in Sofia die gewöhnlichen öffentlichen Versammlungen selten 300 Zuhörer zusammenbringen, wurden diesmal die Versammlung, in denen der Kampf gegen das Handwerkergesetz auf der Tagesordnung stand, von 1500—1800 Zuhörern besucht. Nach zwei Wochen agitatorischer Vorbereitung entschieden die Gewerkschaften und die Partei einen eintägigen Demonstrationstreik für den 12./25. Dezember. Dieser wurde mit unerwartetem Erfolge durchgeführt. Keine Zeitung konnte an diesem Tage erscheinen, die Einstellung der Arbeit in der ganzen Stadt war fast vollständig. Die Manifestation, die nach verschiedenen Schätzungen 5000—10 000 Köpfe zählte, machte ihren Zug bei der Nationalversammlung vorbei, wo Reden gehalten wurden, während zur selben Zeit eine

wohlberechneter Absicht stänfernden Gefolges anzuraten. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, fordert neuerdings in diesem Blatte jemand unverblümt zur Bildung einer neuen politischen Partei auf. Wir machen unsere Leser mit folgender Blüte aus dem Aufrufe bekannt: „Los von jenen Heuchlern und politischen Drahtziehern, welche eure Leiden immer mehr in die Länge zu ziehen gewillt sind. An die Arbeit, eine neue, unabhängige, proletarische Arbeiterbewegung Deutschlands in die Wege geleitet; nicht von innen heraus wird es euch gelingen, jenem Intrigen- und Vertuschungsweisen mit Erfolg zu begegnen. Emanzipiert euch von dem alten, mag der Schmerz beim einzelnen noch so tief empfunden werden. Die Sache erfordert im gegebenen Augenblick ganze Männer und ganze Arbeit.“

Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Aufruf: „Hier wird also nach einem trüben Schwall geschmackloser Kraftphrasen ganz unverblümt gefordert, sich von der Partei loszulösen und eine „neue, unabhängige Partei“ zu gründen! Wir sind zwar der festen Ueberzeugung, daß die Genossenschaft, an die sich diese thörichte Aufforderung wendet, unmöglich so sehr von aller ruhigen Vernunft verlassen sein könnten, um diese Aufforderung zum Parteiverrat und zur verbrecherischen Zersplitterung des politischen Klassenkampfes ernst nehmen zu können. Aber das entschuldigt nicht im geringsten die zum mindesten heillosen Fahrlässigkeit der Redaktion der „Einigkeit“, einem so wirren und gemeingefährlichen Erguß ihre Spalten zu öffnen. Wir möchten denjenigen „lokalistischen“ Genossen, die noch parteigenössisches Pflichtgefühl für sich in Anspruch nehmen, angesichts solch empörender Quertreiberei das Wort zurufen, das in der „Einigkeit“ kürzlich selbst zu lesen war: „Achtet auf eure Tribunen!“

Wir sind der Ansicht, daß mit dieser sanften Ermahnung gegen das Uebel wenig ausgerichtet wird. Solange vielmehr in Berlin die gewerkschaftliche Sonderbündelei geduldet und dadurch, daß ihr der redaktionelle Teil des „Vorwärts“ geöffnet ist, geradezu gefördert wird, solange wird man auch der politischen Quertreibereien nicht Herr werden. Die gewerkschaftlichen Sonderorganisationen haben keinerlei Existenzberechtigung mehr, sie müssen verschwinden, und wenn die Berliner Parteigenossen schon vor Jahren mit fester Hand in das Wespenneß gegriffen hätten, wer weiß, wieviel Verdruß und wieviele Beilichkeiten der Berliner Arbeiterbewegung und darüber hinaus der Arbeiterbewegung ganz Deutschlands erspart geblieben wären! An die gewerkschaftlichen Centralverbände stellen wir die Anforderung, daß sie keiner schädlichen Nurgewerkschafterei verfallen und niemals die großen Endziele der Arbeiterbewegung aus den Augen verlieren sollen. Dafür können aber umgekehrt die Centralgewerkschaften von der Partei verlangen, daß sie jeder gewerkschaftlichen Zersplitterung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegentritt. In Berlin ist das bisher keineswegs geschehen. — Die Folgen bekommt man jetzt auch auf politischem Gebiete zu spüren.“

Und die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ schreibt: Partei-Verrat. Die Einigkeit — der Name ist der reine Hohn für das Blatt — setzt ihre Parteiverräterei fort. In ihrer Nummer vom 14. Juli beschimpft sie die Partei und ihre Führer in der unerhörtesten Weise, um schließlich zur Gründung einer neuen Partei aufzufordern.

Es ist tieftraurig, die Veröffentlichung eines derart skandalösen Aufrufs in einem Blatte lassenbewußter Arbeiter erleben zu müssen.

Es ist kein Zweifel, daß wir es hier mit einem Vorstoß von Anarchozustalisten zu tun haben, von Elementen, die mit unserer Partei innerlich nichts mehr gemein haben, die uns direkt feindlich gegenüber stehen. Die in Berlin arrangierten Adaubersammlungen lassen darüber keinen Zweifel mehr zu. Die Parteiführer werden in der unerhörtesten Weise beschimpft, Bebel soll beseite geschoben werden, das Berliner Gewerkschaftshaus soll eine Erziehungsanstalt für Lumpen genannt werden.*)

*) Die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ irrt. Es handelt sich nicht um eine angebliche Bezeichnung, sondern sie ist in der Tat in einem Berichtsbericht der lokalistischen

Man trägt sich auch mit dem Plane, den mörderischen Bruderkrieg aufs Land zu tragen, indem auch überall in den Provinzstädten Versammlungen arrangiert werden sollen. Wir hoffen bestimmt, daß sich die Arbeiterzersplitterer überall die gebührende Abfuhr holen werden. Wir sagen nochmals: Diese Gesellschaft ist für die Arbeiterschaft genau so gefährlich, wie die Arbeiterzersplitterer im Pfaffenrod.“

Schließlich notieren wir noch eine Auslassung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die in ihrer Nr. 164 unter anderem ausführt:

„Es läßt sich aber nicht leugnen, daß die Lokalorganisationen, bei denen solche Pläne reifen, viel zu lange von gewisser Seite gehätschelt worden sind zur größten Erbitterung derjenigen, die nach einer möglichst einheitlichen Arbeiterbewegung sowohl auf wirtschaftlichem wie politischem Boden streben. Nun aber wird hoffentlich jede Rücksicht gegen diese Zersplitterer der Arbeiterbewegung fallen, nachdem sie endlich ihr wahres Gesicht gezeigt. Wir wissen nun, wohin der Weg dieser „Parteireiniger“ geht.“

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die „Holzarbeiterzeitung“ teilt mit, daß die Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes am Schlusse des ersten Quartals 1906 noch um 1040 höher ist, als wir in letzter Nummer auf Grund der damaligen Veröffentlichung der „Holzarbeiterzeitung“ angegeben haben. Die Zahl der Mitglieder betrug damals 140 411, das ist eine Zunahme im ersten Quartal von 10 270 Mitgliedern, die höchste absolute Zunahme, die der Verband seit seinem Bestehen überhaupt während eines Quartals verzeichnen konnte.

Weitere Mitteilungen über die Mitgliederzahl am Schlusse des ersten Quartals liegen heute vor aus den Verbänden der Bildhauer mit 4824 und der Handschuhmacher mit 3146 Mitgliedern.

Der Verband der Friseurgehülfen hat mit Schluß des zweiten Quartals eine Mitgliederzahl von 2000 erreicht und die Auflage des Verbandsorgans beträgt 3500. Bei den großen Schwierigkeiten, die besonders diese Organisation zu überwinden hat, ist dieser Fortschritt umso mehr zu begrüßen.

Unter der Stichmarke „Partei und Gewerkschaften“ schreibt das „Handlungsgehülfenblatt“ folgendes:

„Welche Wertschätzung Institutionen der sozialdemokratischen Partei manchmal den Gewerkschaften entgegenbringen und wie erklärlich hieraus manche der zwischen beiden Faktoren entstehenden Differenzen sind, beweist nachfolgendes Vorkommnis. Vom Verlag der sozialdemokratischen „Vergilischen Arbeiterstimme“ in Solingen ist seit dem 1. Juli d. J. ein Herr Gerhard Hildebrand als leitender Redakteur angestellt worden. Hildebrand ist von Beruf Buchhandlungsgehülfe und gehörte von 1899 bis 1903 unserer Gewerkschaft als Mitglied an. Politisch zählte er zum nationalsozialen Verein. Aus unserem Verband schied Hildebrand aus, weil ihm ein Satz in unserem Fachorgan nicht gefiel. Später wurde er Vorstandsmitglied eines bürgerlichen, harmoniebuseligen Buchhandlungsgehülfenvereins, der unsere Gewerkschaft in gehässiger Weise bekämpft und sich bemüht, sie bei den indifferenten Handlungsgehülfen als „sozialdemokratisch“ zu denunzieren. Troßdem trat Hildebrand nach Auflösung des nationalsozialen

Bauarbeiter, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 18. Juli d. J. enthalten, ohne daß die Redaktion sich dagegen vermahrt hätte

Arbeiterdeputation bei den Präsidenten der Nationalversammlung und den Ministern erschien und ihnen die Arbeiterforderungen überbrachte. Die Sitzung der Abgeordneten wurde aufgehoben, die Minister zeigten sich äußerst entgegenkommend den Arbeitererwählten gegenüber und gaben ihr Wort dafür, daß die Arbeiterforderungen noch in dieser Session der Versammlung zur Besprechung kommen und nach Möglichkeit ausgeführt werden sollen.

Die Arbeiterforderungen gingen dahin, daß der Eintritt in die Handwerksinnung für niemanden obligatorisch sei, daß verschiedene, den Arbeitern verhasste Vorschriften des Handwerksgesetzes beseitigt werden, und daß das Gesetz der Kinder- und Frauenarbeit zur wirklichen Reform ausgestaltet werde.

Von der Hauptstadt ging die Bewegung auch in die Provinz über, wo ebenso große Versammlungen abgehalten wurden. Mancherorts sprachen sich sogar die Handwerkskreise selbst, so weit sie von der sozialdemokratischen Propaganda berührt worden, gegen das Gesetz aus, daß sie als ein reaktionäres Gesetz brandmarkten.

Aber die Regierung löste ihr Versprechen perfider Weise nicht ein. Sie ließ nur ein Alinea des Gesetzes ändern, wonach die Gehülfen einen gewissen Mitgliedsbeitrag in die Innung zahlen sollten. Es sollen also auch künftig die Gehülfen wieder verpflichtet sein, in die Innungen als rechtlose Mitglieder einzutreten, nur mit dem Unterschied, daß sie keine Mitgliederbeiträge zu zahlen hätten. Diese Erleichterung ist dabei nur für die Gehülfen und nicht auch für die Arbeitgeber vorgesehen, die nach wie vor beitragszahlende Mitglieder sein sollen. Dies beweist, daß die Regierung es mit ihrem Verbündeten, dem „Bunde der Handwerker“, nicht verderben will.

Nach der heutigen Reform des Handwerksgesetzes bleiben noch viele schlimme Seiten auf die Arbeiter laßen. Deshalb bleibt der Kampf der Arbeiter gegen dieses Gesetz noch bestehen.

Seit Anfang dieses Jahres ist eine ununterbrochene Periode heftiger Wirtschaftskämpfe eingetreten, besonders für die Hauptstadt Sofia. Zwei Momente sind dabei hervorzuheben. 1. Die wachsende Widerstandskraft der Arbeitersolidarität (die Streiks werden meist erfolgreich geführt); 2. die völlige Ausschaltung der „engherzigen“ Sozialisten aus der Arbeiterbewegung (die Streiks werden fast ausschließlich durch die „weitherzigen“ Sozialisten resp. die freien Gewerkschaften geführt). Unter den Streiks verdient besondere Erwähnung der Generalstreik der Schuhmacher in Sofia, der 42 Tage (vom 7./20. März an) dauerte und mit gutem Erfolge endete. Die Lage der Schuhmacher ist elend. Die Organisation umfaßt 40 Proz. der Berufsangehörigen. Der Kampf bezweckte die Erlangung einer Tarifgemeinschaft. Die Arbeitseinstellung war anfangs vollständig (rund 400 Streikende). Da um Ostern die Arbeit ruhte, sind den Unternehmern große Verluste zugefügt worden. Der hartnäckige Konflikt wurde durch die Vermittlung der Handelsindustriellenkammer von Sofia geschlichtet. Die Zimmerer erstrebten auch eine Tarifgemeinschaft, haben aber einen anderen Weg gewählt. Die gute Konjunktur in dieser Industrie erlaubt ihnen durch partielle Streiks den Tarif den Unternehmern nacheinander aufzuzwingen. Bisher geht die Bewegung der Zimmerer erfolgreich weiter. Diese Kämpfe stärken die ganze Arbeiterbewegung.

Was die Bewegung der Eisenbahnarbeiter betrifft, über die wir früher berichteten, so endete

sie mit der Bildung einer Eisenbahnerorganisation (unabhängig von dem Bund der Eisenbahnarbeiter), welche unter dem Einfluß der weitherzigen Sozialisten steht. A. Zankow.

Kongresse.

Generalversammlungen schweizerischer Gewerkschaftsverbände.

Der Schweizerische Typographenbund hielt zu Pfingsten in Aarau seine Delegierten- und Generalversammlung ab, die von 30 Vertretern bzw. 600 übrigen Mitgliedern besucht war. Vorher hatte er wieder, wie seit Jahren üblich, in einem stattlichen und hübsch ausgestatteten Bändchen seinen Jahresbericht für 1905 veröffentlicht. Demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl abermals um 210 auf 2434 gestiegen ist, denen 667 Nichtverbandsmitglieder gegenüberstehen. Dabei handelt es sich jedoch nur um die deutsche Schweiz; für die französische und italienische Schweiz bestehen besondere Organisationen. Die Jahreseinnahmen der allgemeinen Kasse betragen 91 069,51 Fr., die Ausgaben 54 778,78 Fr., der Vermögensbestand 143 370,73 Fr. Die Unterstützungskasse verzeichnet an Einnahmen 204 714,22 Fr., an Ausgaben 139 180,25 Fr., an Vermögensbestand 321 830,37 Fr. Die 21 Sektionen haben in ihren Bibliotheken 8686 Bände, von denen im Berichtsjahre 4905 ausgeliehen wurden. Die Stellenvermittlung berichtet von 766 Arbeitssuchenden und 546 Vermittlungen. Aus der Ferienstatistik ist zu ersehen, daß in 138 Druckereien 1037 Gehilfen und 66 Faktoren Ferien erhalten. Ueber das in Bern domizilierte internationale Buchdruckersekretariat wird berichtet, daß ihm 20 Buchdruckerorganisationen mit gegen 100 000 Mitgliedern angehören. Das Vermögen des Sekretariats ist im Berichtsjahre um 709,56 Fr. auf 5458,53 Fr. gestiegen. Aus dem Kapitel über Lohn- und Streikbewegungen, deren in der deutschen Schweiz im Berichtsjahre 9 vorgekommen sind, wird erwähnt, daß die Buchdrucker in Sophin durch Streit die 8½-, in Oesterreich 8¼- und in Kopenhagen die 8½stündige Arbeitszeit errungen haben, die in letzterer Stadt vom 1. Januar 1910 ab auf 8 Stunden reduziert wird. Von den Beschlüssen der Delegiertenversammlung des Schweizer Typographenbundes seien erwähnt die Zulassung der Lehrlinge zur Krankenkasse mit einem Wochenbeitrag von 20 Rappen bei einem täglichen Krankengeld von 1,50 Fr. an 100 Tagen. Gewährung eines Unterstützungsbeitrages von 75 Fr. an jedes hinterlassene Kind eines verstorbenen Mitgliedes und Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Abgelehnt wurde die Errichtung einer Kasse für Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder, da der Staat die nötige Fürsorge treffen soll. Die schwache Beteiligung der Buchdrucker an der Mairfeier wurde gerügt und den politischen Massenstreik würden eventuell auch die Buchdrucker mitmachen.

Der Verband der Handels- und Bureau-Angestellten, eine noch junge Organisation, tagte in Bern. Von den gefaßten Beschlüssen seien erwähnt die Aufnahme einer Lohnstatistik, die Prüfung der Frage, betreffend die Errichtung einer Unterstützungskasse und der Anschluß an die soziale Käuferliga. Dem Gewerkschaftsbunde gegenüber erklärte der Verbandstag seine Sympathien, den Anschluß lehnte er jedoch vorläufig noch ab. Hoffentlich kommt es bald zum Anschluß, denn

auch mit den schönsten und wärmsten Sympathien kann der Gewerkschaftsbund seine Aufgaben nicht erfüllen.

Der Schweizerische Schneider- und Schneiderinnen-Verband hielt seine Generalversammlung in Luzern ab. Der Verband ist zwar in den letzten zwei Jahren etwas weiter marschiert, aber nicht in befriedigendem Maße, indem seine Mitgliederzahl nur um 87 auf 1736 gestiegen ist. Gegenwärtig dürfte sie jedoch ca. 2000 betragen. Die Einnahmen beliefen sich auf 17 411 Fr., die Ausgaben auf 13 550 Fr., der Vermögensbestand auf 3860 Fr. Beschlossen wurde die Erhöhung der Wochenbeiträge von 30 auf 40 Rp., ebenso erfuhren die Ansätze für die Streikunterstützung eine Erhöhung. Der Wiederanschluß an den Gewerkschaftsbund und die Anstrengung eines Verbandes der Bekleidungsindustrie in Gemeinschaft mit den Schuhmachern.

Der Schuhmacherverband versammelte seine Delegierten in St. Gallen. Er zählt leider erst 600 Mitglieder. Seine Einnahmen in den letzten zwei Jahren betragen 13 667,47 Fr., die Ausgaben 12 030,97 Fr., der Vermögensbestand 929,70 Fr. Die Generalversammlung beschloß die Einführung von Staffelbeiträgen von 20, 30 und 40 Rp. pro Woche und entsprechende Abstufung der Unterstützungsbeiträge, die Anstrengung eines Verbandes der Arbeiter der Lederindustrie und die Verlegung des Verbandssitzes von Zürich nach Winterthur. In Zürich hat die Beschwerdekommision ihren Sitz.

Der Verbandstag der Bildhauer fand in Wil (Kanton St. Gallen) statt. Er lehnte den Anschluß an den Holzarbeiterverband ab, hielt an dem Wochenbeitrag von 75 Rp. fest und erhöhte die Streikunterstützung auf 2 Fr. pro Tag. Für das deutschschweizerische Sprachgebiet wurde die deutsche „Bildhauerzeitung“, für das französische der sozialdemokratische „Peuple Suisse“ in Genf obligatorisch erklärt. Inbezug auf die Arbeitsdauer bleibt das Ziel der Achtstundentag, den die Steinbildhauer in Basel mit 8 Fr. täglichem Minimallohn bereits haben. Vorort bleibt Zürich.

Der Tapeziererverband, der im letzten Jahre die Zahl seiner Sektionen von 7 auf 9, der Mitglieder von 171 auf 325 erhöhte, hielt seine Generalversammlung in Biel ab. Die Einnahmen betragen 6376,33 Fr., die Ausgaben 4634,40 Fr. In Zürich errangen die Tapezierergehilfen die 9., in Basel die 9½stündige Arbeitszeit. Mit 11 gegen 2 Stimmen wurde der Anschluß an den Holzarbeiterverband beschloffen, worüber jedoch noch die Urabstimmung definitiv zu entscheiden hat.

Der Verband der elektrotechnischen Arbeiter hatte seine Delegierten nach Lausanne berufen. Es war jedoch mehr ein Fest als eine arbeitsreiche Generalversammlung und in der Presse wird von den Verhandlungen nichts berichtet.

Die Friseure hielten ihren Verbandstag in Basel ab. Es wurde die obligatorische Einführung des „Coiffeur“, die Erhöhung der Wochenbeiträge von 30 auf 40 Rp., die Gründung zweier Arbeitsnachweissbüros und die Verbreitung eines agitatorischen Massenflugblattes unter den Friseurgehilfen beschloffen. Der Verband hat ein Vermögen von 1490 Fr.

Die in Zürich abgehaltene Generalversammlung des Glasarbeiterverbandes beschloß grundsätzlich den Anschluß an den Lebensmittelarbeiterverband.

Der Schweizerische Lithographenbund und hatte seinen Verbandstag ebenfalls in Zürich veranstaltet. Die Verbandseinnahmen betragen im Jahre 1905 42 437,72 Fr., die Ausgaben 32 764,70 Fr., der Vermögensbestand 9708,90 Fr. Die Mitgliederzahl beträgt 505. Lebhaft geklagt wurde auf dem Verbandstage über die bei der Arbeit zur Verwendung gelangenden giftigen Chemikalien und über die ungesunden Arbeitsräume. Ferner über die durch aus unzulängliche Revisionsstätigkeit des Fabrikinspektors. Die Krankenunterstützung wurde von 4 auf 4,50 Fr., die Unterstützungsdauer von 162 auf 183 Tage, die Arbeitslosenunterstützung von 2 auf 2,50 Fr. erhöht.

Der Schweizer Textilarbeiterverband, der gleichfalls in Zürich tagte, beschloß auf seiner Generalversammlung die Einführung der Staffelbeiträge von 15, 20 und 30 Rp. pro Woche.

Die Maurer haben endlich nach jahrelangen Kämpfen unter der initiativen und tatkräftigen Mitwirkung des deutschen Maurerverbandes einen einheitlichen Verband mit Sitz in Basel gegründet. Der Wochenbeitrag wurde auf 30 Rp. festgesetzt und soll er für 40 Wochen im Jahr erhoben werden. Der Zentralvorstand ist gemeinschaftlich aus deutschsprechenden und italienischen Kollegen zusammenzusetzen und für jede Sprache ein ständiger Sekretär anzustellen. Hoffentlich hat nun dieser neue Verband endlich Bestand und Erfolg.

Die Steinarbeiter waren in Zürich versammelt. Der Verband zählt im Jahresdurchschnitt 2300 Mitglieder, er hatte in den beiden letzten Jahren 36 329,46 Fr. Einnahmen und 29 875,51 Fr. Ausgaben. Zahlreiche Lohn- und Streikbewegungen wurden erfolgreich durchgeführt. Die Generalversammlung beschloß Ersetzung der Monatsbeiträge durch Wochenbeiträge und Festsetzung derselben auf 25 Rp.

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes wurde in Basel abgehalten. Derselbe hat eine außerordentlich rasche und bedeutende Entwicklung erfahren, im kleineren Maße ähnlich derjenigen seines deutschen Bruderverbandes. Er zählte Ende 1903 erst 4468, Ende 1905 dagegen 11 187 Mitglieder und heute hat sein Organ, die „Schweizer. Metallarbeiterzeitung“, eine Auflage von 18 000, hinter der jedenfalls auch die Mitgliederzahl nicht weit zurücksteht. Die Heze der Scharfmacher, insbesondere des maßlosen und fanatischen Maschinenkönigs Dulger-Ziegler in Winterthur, sodann auch die anhaltend gute Geschäftslage haben wohl in der Hauptsache den erfreulichen großartigen Aufschwung mit bewirkt. Die Einnahmen des Verbandes betragen im Jahre 1904 119 151,20 Fr., die Ausgaben 64 192,58 Fr., im Jahre 1905 216 903,74 bzw. 181 908,25 Fr., der Vermögensbestand anfangs 1906 43 522,84 Fr. In der zweijährigen Berichtsperiode hat der Verband zahlreiche Lohn- und Streikbewegungen erfolgreich durchgeführt. Von den Beschlüssen der Delegiertenversammlung seien angeführt die Anstellung eines Gaubeamten für die Ostschweiz mit dem Sitze in Zürich oder Winterthur, die Ueberweisung von 10 000 Fr. an den Centralvorstand zur Errichtung einer Bibliothek, die Anstrengung der 57stündigen Arbeitswoche überall da, wo sie noch nicht besteht, die Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 Rp. Bei Konflikten in Fabriken, wo verschiedene Verbände in Betracht kommen, soll derjenige den Ausschlag geben, der die größte Mitgliederzahl der betreffenden Fabrik hat. In einer die Sezereien des er-

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Die Aussperrung der Lithographen und Steindrucker dürfte in absehbarer Zeit nicht zum Abschluß kommen. Der „Schutzverband“ der Unternehmer lehnt es ab, in Verhandlungen über die lokalen Forderungen früher einzutreten, als bis die Arbeit in allen Streik- und Aussperrungsorten aufgenommen ist. Eine solche bedingungslose Aufnahme der Arbeit haben die Streitenden und Aussperrten bereits abgelehnt.

Auch im Buchbindergewerbe geht der Kampf weiter. Die Ausgesperrten der drei Tarifstädte Berlin, Leipzig und Stuttgart haben die seitens der tarifbrüchigen Unternehmer bei den in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen gemachten Zugeständnisse abgelehnt. Diese Zugeständnisse, die äußerst minimal waren und hauptsächlich sogar nur „freiwilliger“ Natur sein sollten, brachten auch infolgedessen eine Verschlechterung des früheren Tarifs, als der neue Tarif mit dem 1. Mai ablaufen sollte. Der Kampf geht also weiter.

Die Bauarbeiter in Straßburg sind in einer Anzahl von etwa 1500 ausgesperrt, worunter auch ein Teil anderer Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Grund der Aussperrung ist die seitens der Bauhilfsarbeiter erfolgte Ablehnung der von den Unternehmern gemachten Tarifvorschläge, die den Arbeitern nicht genügend entgegen kamen.

Die Berliner Glaser haben nunmehr die Aussperrung mit einem allgemeinen Streik beantwortet. Wo der Tarif anerkannt ist, wird weiter gearbeitet, wo nicht, ist die Arbeit eingestellt.

Der Streik der Glasarbeiter in Fürth ist nach zehnwöchiger Dauer am 14. Juli beigelegt worden. Die Forderungen wurden im wesentlichen bewilligt, so daß ein ehrlicher Friede geschlossen werden konnte, obgleich die Unternehmer wenige Wochen zuvor die Anerkennung der Organisation ablehnten und bedingungslose Aufnahme der Arbeit forderten.

Anderer Organisationen.

Die „zielbewußten“ Anarcho-Sozialisten.

Bekanntlich sind die Berliner Lokalfisten, besonders die des Baugewerbes und darunter in erster Linie die Zimmerer, die bravsten Parteigenossen. Dies nicht nur nach ihren eigenen Reden und Schriften, sondern auch andere Leute und selbst Parteinstanzen glauben daran und behandeln sie demgemäß. Dagegen sind die „Centralverbändler“ diejenigen, welche die Arbeiterbewegung in den „Kampf“ ziehen usw.

Eine vorzügliche Illustration hierzu bietet ein Versammlungsbericht des anarcho-sozialistischen „Vereins der Zimmerer Berlins“, der in Nr. 170 des „Vorwärts“ vom 25. Juli abgedruckt ist. Es wird in diesem Bericht mitgeteilt:

„Dann gab der Vorsitzende Zuppenlag das Resultat einer Erhebung bekannt. Der Verein hat 2138 Mitglieder. Von den 2088 Mitgliedern, auf welche sich die Erhebung erstreckt, gehören 385 den politischen Organisationen der Sozialdemokratie an, 775 sind Abonnenten des „Vorwärts“, 4 halten die „Brandenburger Zeitung“ bezw. die „Märkische Volksstimme“, 22 abonnieren anarchische Blätter, 84 die „Morgenpost“, 23 das „Deutsche Blatt“,

13 die „Berliner Volkszeitung“, 15 andere bürgerliche Blätter.“

Von 2088 der zielbewußten Lokalfisten sind also 385 oder rund 18 Proz. politisch organisiert. Das Klassenbewußtsein dieser Schreier des „revolutionären Sozialismus“ geht also nicht einmal soweit, daß sie sich politisch organisieren. Es ist zwar dies ganz folgerichtig. Durch ihre Taten wie durch ihre Anschauungen stehen sie längst außerhalb der modernen Arbeiterbewegung. Sie sind Anhänger des Generalstreiks, propagieren dieses Allheilmittel und werden durch den Glauben an das Dogma „Generalstreik“ abgelenkt von jedem organisatorischen Wirken. Das ist es gerade, wovor der Kölner Gewerkschaftskongreß gewarnt hat.

Andererseits ist es charakteristisch für das kulturelle Niveau der anarcho-sozialistischen Generalstreikler, daß von 2088 Befragten nur 936 eine Zeitung lesen.

Noch eins: Als im letzten Frühling die Münchener Filiale des Maurerverbandes festgestellt hatte, daß von 1834 ihrer Mitglieder 471 oder 25 Proz. politisch organisiert und 726 Abonnenten des dortigen Parteiorgans waren, war der „Vorwärts“ schnell mit der Stichmarke: „Eine Glendstatistik“ fertig. Diese Notiz ging sodann durch die gesamte Parteipresse. Wir hoffen, daß der „Vorwärts“ gegenüber diesen lokalistischen Zahlen, die weit hinter denen der Münchener Maurer zurückbleiben, eine Stichmarke finden wird, die in entsprechender Schärfe die lokalistischen Phrasen charakterisiert.

Mitteilungen.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

- | | |
|---------------|---|
| Altona: | Ries, William, Angestellter des Malerverbandes. |
| Augsburg: | Graf, Gottfried, Angestellter des Holzarbeiter-Verbandes und der sozialdemokratischen Partei. |
| Berlin: | Leister, Ernst, Verbandsvorsitzender des Handschuhmacher-Verbandes. |
| " | Riedel, Oskar, Angestellter des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes. |
| " | Rohke, Franz, Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes. |
| Bremen: | Pied, Wilhelm, Parteisekretär. |
| Chemnitz: | Müller, Max, Redaktionssekretär. |
| Crimmitschau: | Meyer, Albert, Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes. |
| Dessau: | Zöbisch, Georg, Expedient. |
| Essen: | Becker, Emil, Arbeitersekretär. |
| Hamburg: | Momberg, Wilhelm, Angestellter des Holzarbeiter-Verbandes. |
| " | Kamps, Karl, Angestellter des Schmiede-Verbandes. |
| Königsberg: | Schmidt, Kaspar, Redakteur. |
| " | Donalies, Franz, Expedient. |
| " | Will, Ferdinand, Geschäftsführer der „Königsb. Volksztg.“ |
| " | Solz, Theodor, Angestellter der Maler-Vereinigung. |
| Mannheim: | Fischkowskij, Bruno, Angestellter des Fleischer-Verbandes. |
| Solingen: | Sildebrand, Gerhard, Redakteur. |
| Stettin: | Becker, August, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes. |

wählten Dulzer-Ziegler entschieden zurückweisenden Resolution wird aufs neue die unerschütterliche Solidarität mit den in gleicher Richtung sich bewegenden Organisationen aller Berufe des In- und Auslandes und zwar sowohl auf Grund der sozialistischen Weltanschauung, zu der er sich bekennt, als auch in der Erwägung, daß dem internationalen Kapital eine internationale Organisation der Arbeiter gegenübergestellt werden muß, betont.

Auch die Delegiertenversammlung des Schweizer Holzarbeiterverbandes fand in Basel statt. Derselbe hat ebenfalls eine bedeutende Weiterentwicklung erfahren. Anfangs 1904 zählte er 3400 und Ende 1905 5800, heute wohl über 7000 Mitglieder. Der Verband hatte im Jahre 1905 eine Einnahme von 118 589,99 Fr. inklusive 77 440,41 Fr. außerordentlicher Einnahmen an gesammelten Streitgeldern usw. Die Rechnung schloß mit einer Passiva von 19 978 Fr., die durch die zahlreichen kostspieligen Lohnkämpfe verursacht worden ist. Der Verbandsvorstand hatte sich an die öffentlichen Arbeitsnachweise mit dem Gesuch gewandt, an Orte, wo Streik oder Aussperrung besteht, keine Arbeiter zu vermitteln. Die Centralstelle der Arbeitsämter in Zürich erklärte sich bereit, die Arbeitssuchenden auf jene Orte aufmerksam zu machen, die ihr je weilen mitgeteilt werden sollen. Sie übernahm dann auch die Bekanntgabe dieses Beschlusses an sämtliche Arbeitsämter. Die ca. 50 Lohnkämpfe hatten bedeutende Erfolge, so in Zürich den Reun- stundentag, in Basel die 9½stündige Arbeitszeit usw. Beschlossen wurde die Herausgabe eines eigenen selbständigen Verbandsorgans in deutscher und französischer Sprache, die Anstellung eines zweiten ständigen Verbandsbeamten, die Unterstützung des lokalen Sekretariats der Holzarbeiter in Zürich, die Erhöhung des Wochenbeitrages von 30 auf 40, vom 1. April 1907 ab auf 50 Rp. Leider nimmt der Holzarbeiterverband eine derartige, durch nichts gerechtfertigte unfreundliche Stellung gegenüber dem Schweizer Gewerkschaftsbund ein, daß er sogar dessen Auflösung beantragte, die selbstverständlich vom Gewerkschaftskongreß abgelehnt wurde.

Der Verbandstag der Zimmerer fand gleichfalls in Basel statt. Er ist noch ein junger Verband, dessen Gründung darauf zurückzuführen, daß die Zimmerer nur zum Teil in die allgemeine Holzarbeiterorganisation zu bringen waren. Der Verband zählte Ende 1903 erst 524 Mitglieder in 8 Sektionen, Ende 1905 dagegen 1280 bzw. 20. So konnte er auch eine ganze Anzahl Lohn- und Streikbewegungen mit Erfolg durchführen. Die Einnahmen im Jahre 1905 betragen 19 357,58 Fr., die Ausgaben 17 532,26 Fr., der Vermögensbestand 6028,12 Fr. An 279 Arbeitslose wurden in der Zeit vom 1. Dezember 1904 bis 31. März 1905 348 Fr. Unterstützung ausbezahlt, an Krankengeldern 644 Fr. Der Verbandstag lehnte die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband ab und beschloß die Anstellung eines ständigen Sekretärs, wie auch die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans, zu welchem Zwecke die Beiträge, die nach drei Klassen abgestuft sind, erhöht wurden.

Die im Holzarbeiterverband organisierten Par- ketthodenleger, die einen schweizerischen Einheitstarif anstreben, beschloßen auf einer Sonderkonferenz in Basel die Errichtung eines Centralarbeitsnachweises und das Umschauerbot. Die Centralstelle erhielt ihren Sitz in Bern und hat sie die Fühlung unter den Kollegen aufrechtzuerhalten.

Die Delegiertenkonferenz des Verbandes der Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe wurde in Solothurn abgehalten. Im Jahre 1905 hatte der Verband eine Einnahme von 1580,92 Fr., Ausgabe von 794,93 Fr. und Vermögensbestand von 785,99 Fr. in der allgemeinen Kasse. Die Krankenkasse schloß bei 6210,85 Fr. Einnahmen und 1895,50 Fr. Ausgaben mit einem Vermögensbestand von 5201,34 Fr. ab. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist im Jahre um fast das Doppelte von 268 auf 528 gestiegen. In den Buchdruckereien und Lithographien der deutschen Schweiz sind nach einer vom Verband aufgenommenen Statistik insgesamt 1983 Personen bei 156 Firmen beschäftigt, so daß die große Mehrzahl derselben noch unorganisiert ist. 735 Personen in 110 Betrieben haben eine tägliche Arbeitszeit von unter 9, 638 in 46 Betrieben von über 9 Stunden. Für die Ueberzeitarbeit werden Lohnzuschläge von 25 bis 40 Proz. bezahlt. 51,8 Proz. von 1273 Arbeiterinnen und Arbeiterinnen erhalten Tagelöhne von unter 1,50 bis 2,50 Fr., 448,2 Proz. von über 2,50 Fr. 698 sind Arbeiterinnen, 575 männliche Arbeiter, 1001 standen im Alter von unter, 269 von über 18 Jahren. 247 Personen in 33 Betrieben erhalten Ferien, 758 Personen bei 125 Firmen werden die gesetzlichen Feiertage bezahlt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind jedenfalls noch sehr verbesserungsbedürftig. Beschlossen wurde auf dem Verbandstage die Erhöhung des Beitrages an die Centralkasse von 5 auf 10 Rp. pro Mitglied und Woche, die Gewährung eines Sterbegeldes von 25 Fr. an die Hinterlassenen eines verstorbenen Mitgliedes. Die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans und die Ausarbeitung einer Tarifvertragsvorlage durch den Centralvorstand für die Sektionen.

Der Schweizerische Arbeiterinnenverband, der ebenfalls dem Gewerkschaftsbund angehört und rund 600 Mitglieder zählt, beschloß auf seinem Verbandstage in Basel die Gründung eines eigenen Organs unter dem Titel „Die Vorkämpferin“, deren erste Nummer bereits am 1. Mai erschienen ist und sich schon recht gut eingeführt hat.

Im Anschluß an den zu Ostern in Basel stattgefundenen Gewerkschaftskongreß fand eine Versammlung von ca. 20 Arbeitersekretären, Gewerkschaftsbeamten und sozialdemokratischen Redakteuren zur Gründung eines Verbandes der Arbeiterangestellten statt, die denn auch beschloßen wurde. Dessen Zweck ist die Pflege der Kollegialität, Verständigung über Arbeiterfragen, Schaffung von Unterstützungseinrichtungen usw. Der Jahresbeitrag ist auf 5 Fr. im Minimum festgesetzt worden.

Die erste Hälfte des laufenden Jahres war für die schweizerische Gewerkschaftsbewegung eine außerordentlich bewegte und lebhafteste Zeit und man muß der organisierten Arbeiterschaft in der Schweiz das Zeugnis ausstellen, daß sie mit großer Energie und Opferwilligkeit ihre hohe Sache fördert und erfreulicherweise auch kräftig vorwärts bringt. Es ist ein unschätzbare Stück eminenten Kulturarbeit, das unsere schweizerischen Arbeitsbrüder in dem engen Rahmen der kleinen Verhältnisse der Schweiz vollbringen.

Winterthur, im Juni 1906.

D. Zinner.

Literarisches.

Publikationen der Gewerkschaften.

- Buchdrucker.** Gauverein Dresden. Geschäftsbericht für das Jahr 1905.
- Dresdener Buchdruckerverein. Geschäftsbericht für das Jahr 1905.
- Gau Oberrhein. Jahresbericht des Gauvorstandes und der Bezirksvereine für 1905.
- Gau Oberrhein. Allgemeine statistische Erhebungen, Ende 1905.
- Gastwirtsgehilfen.** Protokoll über die Verhandlungen des 4. Verbandstages. Verlag H. Voetsch, Berlin C. 25.
- Gemeindearbeiter.** Die Lage des Personals der Kranken- und Irrenhäuser vor dem Deutschen Reichstage. Verlag des Gemeindearbeiterverbandes, Preis 50 Pfg.
- Die Koalitionsrechtsfrage in den Berliner Kranken- und Irrenhäusern. Eine Beschwerdeschrift über ungerechtfertigte Entlassungen. Herausgegeben vom Vorstande des Gemeindearbeiterverbandes.
- Handels- und Transportarbeiter.** Protokoll vom Allgemeinen Kongress der Handels- hilfsarbeiter Deutschlands. Verlag der Buchhandlung „Courier“, Berlin SO., Engelauer 21.
- Handlungsgehilfen.** Bericht des Verbandsvorstandes über die fünfte Geschäftsperiode 1904/1905. Verlag Max Josephsohn, Hamburg.
- Maschinisten und Heizer.** Protokoll der 8. Generalversammlung. Selbstverlag des Verbandes.
- Maurer.** Bericht des Gauvorstandes und Protokoll der 9. Konferenz des Gaues Berlin. Verlag H. Silber Schmidt, Berlin SO., Engelauer 15. Preis 5 Pfg.
- Sattler.** Statistische Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse der Sattler Deutschlands im Jahre 1905 nebst Reichenschaftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1905 und Protokoll der 6. Generalversammlung. Verlag P. Blum, Berlin SO., Adalbertstr. 56.
- Schneider.** Lohnsätze und Tarifverträge im Schneidergewerbe. Verlag H. Stühmer, Berlin SO., Köpenickerstr. 32.
- Textilarbeiter.** Protokoll der 8. Generalversammlung. Verlag Karl Häbisch, Berlin, Andreasstraße 61.
- Die Lage der Arbeiter in der Berliner Teppichbranche im Jahre 1905. Herausgegeben von der Agitationskommission des Textilarbeiterverbandes für die Provinz Brandenburg im Verlage von Hubert Kreuer, Berlin, Manteuffelstr. 13.
- Vergolder.** Protokoll der 6. Generalversammlung. Verlag H. Späthe, Berlin NW., Wilsnaderstr. 39.
- Zigarrenfortierer.** Geschäftsbericht für 1905. Verlag des Verbandes, Carl Arnold, Hamburg 6.
- England.** Bericht der Parlamentsverhandlungen über das Gewerkschaftsgesetz am 28. u. 30. März und 25. u. 26. April 1906. Herausgegeben vom parlamentarischen Komitee der Trade Unions. W. Steadmann Effingham House, London W. 6.
- Siebenter Jahresbericht der General-Federation of Trade Unions.
- Schweden.** Bericht über die Tätigkeit der schwedischen Landesorganisation für die Zeit vom April 1905 bis April 1906. Verlag: H. Lindquist, Stockholm, Folkets Hus.
- Publikationen der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.**
- Dortmund.** Viertes Jahresbericht des Arbeitersekretariats für das Jahr 1905. Bericht des Gewerkschaftskartells und der Gewerbeberechtigter.

- Gera.** Fünfter Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats für das Jahr 1905 und Jahresbericht des Gewerkschaftskartells. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.
- Gelsenkirchen.** Zweiter Jahresbericht des Arbeitersekretariats 1905. Selbstverlag des Sekretariats.
- Kronach.** Dritter Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats nebst Bericht des Gewerkschaftskartells für 1905. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.
- Magdeburg.** Gewerkschaften und die Unternehmerverbände von Dr. Aug. Müller. Verlag des Gewerkschaftskartells. Zu beziehen durch sämtliche Parteibuchhandlungen, Preis 30 Pfg. Für Organisationen ist ein besonders niedriger Preis zwecks Massenvertrieb festgesetzt und wollen sich die Vorstände mit dem Arbeitersekretariat Magdeburg in Verbindung setzen. Der Vertrieb der Broschüre kann nur dringend empfohlen werden.
- Meuselwitz.** Fünfter Bericht vom Gewerkschaftskartell für das Jahr 1905.
- Ruhrort.** Bericht des Gewerkschaftskartells nebst Berichten der einzelnen Gewerkschaften für das Geschäftsjahr 1905. Selbstverlag des Gewerkschaftskartells.

Publikationen sonstiger Organisationen.

- Tarifamt der deutschen Buchdrucker.** Verzeichnis der Tarifanerkennungen nebst Anhang: Adressenverzeichnis der Tariforgane und deren Mitglieder. Abgeschlossen am 30. April 1906. Selbstverlag, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239.
- Arbeiterbildungsschule Berlin.** Jahresbericht April 1905, März 1906.
- Freie Studentenschaft der Universität Berlin.** Bericht über die Unterrichtskurse für Arbeiter. III. Halbjahr, Winter 1905—1906.
- Deutscher Werkmeisterverband.** Ziele und Erfolge des Werkmeisterstandes von Dr. H. Potthof. Selbstverlag des Verbandes, Düsseldorf.
- Zürich.** Jahresbericht des Arbeiterbildungsvereins „Eintracht“ für 1905.

Publikationen von Krankenkassen.

- Barmen.** Allgemeine Ortskrankenkasse. Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1905.
- Pforzheim.** Allgemeine Ortskrankenkasse. Geschäftsbericht für das Jahr 1905.

Partei publikationen.

- Internationales Sozialistisches Bureau.** Offizieller Bericht über die Sitzung vom 4. und 5. März 1906.
- Groß-Berlin.** Protokoll der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher Groß-Berlins. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis 50 Pfg., eine bessere Ausgabe 1 M.

Amtliche Publikationen.

- Baden.** Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe, von Dr. Marie Baum, Großherzog. Fabrikinspektorin. Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.
- Berlin.** Jahresbericht der Handelskammer für 1905. Abgeschlossen Ende März 1906.
- Berliner Statist. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. 4 Hefte: Beiträge zur Finanzstatistik der Stadt Berlin und der benachbarten Gemeinden.
- Württemberg.** Die Württembergische Gewerbeinspektion, ihre Entwicklung und ihre Aufgaben. Im Auftrage der Königl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, bearbeitet von Hugo Schäffer. Verlag Stuttgart bei Konrad Wittwer.